

Politische Berichte



Politische Berichte
Zeitung für sozialistische Politik
Erscheint vierzehntäglich. Einzelpreis 2 DM, Jahresabo 78 DM
ermäßigtes Abo 52 DM, Förderabo 130 DM

Redaktionsadresse
Postfach 260 226, 50150 Köln
Hausadresse: GNN-Verlag,
Zülpicher Straße 7, 50674 Köln,
Telefon 02 21 / 21 16 58 Fax: 02 21 / 21 53 73

Nummer 21 / 17. Jahrgang

17. Oktober 1996

G 7756 D Preis 2,00 DM



Lohnfortzahlung: Gesamtmetall verliert 1. Runde

Der zweite Anlauf soll in der jetzt beginnenden Tarifbewegung erfolgen

„Deutlich unterschätzt“ hätte Gesamtmetall den Widerstand gegen das geänderte Lohnfortzahlungsgesetz, räumte Gesamtmetall-Präsident Stumpfe ein. In einem Spitzengespräch mit der IG Metall am 7.10. war vereinbart worden, daß Gesamtmetall seinen Mitgliedsunternehmen vorerst empfiehlt, die Absenkung der Lohnfortzahlung auszusetzen und die IG Metall ihren Mitgliedern in diesem Fall rät von weiteren Protestmaßnahmen abzusehen. In beeindruckenden Manifestationen hatten vor allem die Belegschaften von Daimler-Benz die losgelassenen Manager in die Schranken gewiesen. Falls es in weiteren Verhandlungen zu einer bundeseinheitlichen Regelung für die Metallindustrie in Sachen Lohnfortzahlung käme, soll diese ab 1. Oktober gelten. Die IG Metall hat signalisiert, daß sie sich bei Fortbestehen der 100-Prozent-Zahlung eine geänderte Berechnungsgrundlage vorstellen könnte, in der etwa Überstunden nicht mit eingehen würden. Erreicht wäre in einem solchen Falle die einheitliche Behandlung aller Tarifgebiete. Die Absicherung der Lohnfortzahlung existiert hier von stark bis gar nicht. IG Metall-Vorsitzender Zwickel hat eine Frist bis zum 23. Oktober für eine solche Regelung gesetzt, danach soll der Widerstand in den Betrieben wieder aufleben.

In anderen Branchen werden unterschiedliche Kurse verfolgt. 13.000 BASF-Beschäftigte protestierten am 9.10. gegen den Beschluß des Konzerns, die Lohnfortzahlung zu kürzen. Ebenso will der hannoversche Kekshersteller Bahlsen mit seinen 5.000 Beschäftigten umspringen. Im Einzelhandel hingegen gibt es eine ganze Anzahl neuer Tarifabkommen, die die volle Lohnfortzahlung fortschreiben.

Inzwischen wird klar, daß die Lohnfortzahlungs-Auseinandersetzung in der Metallindustrie in die Tarifbewegung 1996/97 hinüberwächst. Gesamtmetall will über ein Absenkungspaket

mit den Punkten Lohnfortzahlung, Weihnachts- und Urlaubsgeld, Lohnhöhe und betriebliche Öffnungsklauseln, z.B. bei Sonderzahlungen, verhandeln. Die IG Metall fordert, den Produktivitätszuwachs in Höhe von 2,5 bis 3 Prozent für beschäftigungspolitische Vereinbarungen zu verwenden und die Einkommen in Höhe der Inflationsrate von 2 Prozent zu erhöhen, ein Forderungsvolumen von 4,5 bis 5 Prozent also. Die Regionalverbände von Gesamtmetall dürften die einschlägigen Manteltarifbestimmungen zu Urlaub und Sonderzahlung inzwischen überall gekündigt haben.

Daimler-Benz Gesamtbetriebsratsvorsitzender Feuerstein hatte den Kürzungsbeschluß des Daimler-Vorstands als „Kriegserklärung an die Belegschaft“ bezeichnet. In einem Akt symbolischer Politik, der geldwerte Vorteil der verringerten Lohnfortzahlung für die Unternehmen ist relativ gering, sollte die sozialpolitische Ohnmacht der Gewerkschaften vorgeführt werden und die unübersehbare Abkehr von solidarischer Existenzsicherung gegen die Risiken kapitalistischen Wirtschaftens im gewerkschaftlichen Kernbereich der großen Konzernbelegschaften installiert werden. Diese Konstruktionsverschiebung gesellschaftlichen Daseins war für Hunderttausende erkennbar und wurde trotz „horrender Einkommensverluste“ (Feuerstein) für die Teilnehmer an den betrieblichen Aktionen zurückgewiesen. Stumpfe weist darauf hin, daß zunehmend Mitgliedsfirmen Möglichkeiten nutzten, um Tarifnormen zu unterschleifen und dem offenen Konflikt so ausweichen. Diese Art Sozialtechnik blüht mehr im Verborgenen, ist aber nicht weniger wirksam. Eine direkte Möglichkeit der Gewerkschaften für die Durchsetzung der Tarifbestimmungen im Betrieb zu sorgen würde ein strukturelles Einfallstor der Auswaschung von Tarifverträgen verschließen.

(gka)

„Kampf den braunen Zonen!“

Antifaschistische Demonstration in Wurzen am 16.11.

Das „Leipziger Bündnis gegen Rechts“ plant für den 16. November im nahen Wurzen eine antifaschistische Demonstration unter dem Motto „Kampf den braunen Zonen – den rechten Konsens durchbrechen! Keine Räume für Faschisten!“

„Die Stadt Wurzen, eingebettet in den Muldentalkreis, etwa dreißig Kilometer von Leipzig entfernt, wird von einer größtenteils jugendlichen Naziszene dominiert, deren Dimension in der BRD vor 1989 nicht vorstellbar war“, heißt es im Aufruf des Bündnisses. „Ein gesamter Landkreis steht faktisch unter ihrer militanten Kontrolle. Integriert in den Alltag der dortigen Bevölkerung dient ihnen die eroberte Hoheit über einen gesamten Landstrich als Aufmarsch und Rückzugsgebiet.“

Mehr als 30 Rechtsextreme agieren mittlerweile ständig in der Stadt, bis zu 300 Skins aus dem Muldentalkreis kamen hier bereits zusammen. Doch für den seit 1990 amtierenden CDU-Bürgermeister zählt die NPD zu den „demokratischen Parteien“. Rechtsextreme gibt es in seiner Stadt nicht. Überfälle auf Ausländer, Obdachlose und Antifaschisten oder auf das Kinder- und Jugendcamp in Bennewitz, Schüsse auf

die örtliche Filiale des „Europäischen Bildungswerkes“ zählt er zu Schlägereien, wie es sie überall gebe. Wer sich ernsthaft mit der Wurzener rechten Szene beschäftigt, wird schnell bemerken, woher der Wind weht, der ihnen eben dort nicht ins Gesicht schlägt, stellen die Aufrufe zur Demonstration fest. Von großen Teilen der Bevölkerung werden Verschwörungsszenarien vertreten, durch die sie sich selbst zu immer neuen Schutzreflexen für „ihre Kinder“ nötigen. So gab es beispielsweise einen „Runden Tisch der Jugend“, der sich als reine Faschoplatzform entpuppte. (...)

Die Demonstration wird bisher von ca. 20 Antifa-Gruppen aus dem gesamten Bundesgebiet unterstützt. Abgeordnete von PDS, Bündnis 90/Die Grünen, sowie ein Vertreter des BdA Leipzig haben die Demonstration angemeldet. Im Vorfeld läuft eine bundesweite Infotour mit Referaten, Filmen und Dias.

Nähere Informationen dazu sind über das „bündnis gegen rechts“, c/o VL, Fax 0341-9608303, Tel. montags 19-22 Uhr, 0341-4777829 zu erfragen. Ein letztes Vorbereitungstreffen findet am 2.11. in Leipzig statt.

(aus: Antifaschistische Nachrichten, gek.)

Überlebende des Holocaust in Osteuropa fordern Gerechtigkeit

Internationaler Appell an die Bundesregierung

Eine Tagung des American Jewish Committee und der Heinrich-Böll-Stiftung in Washington beschloß vor kurzem den hier dokumentierten Appell:

Gerechtigkeit für die Überlebenden des Holocaust in Mittel- und Osteuropa!

Nur wenige Juden in Mittel- und Osteuropa haben den Holocaust überlebt. Die meisten von ihnen leiden bis heute an physischen und psychischen Spätfolgen der Verfolgung.

Die Überlebenden des Holocaust in den nach 1945 kommunistisch regierten Ländern Mittel- und Osteuropas sind nach 1945 ohne jede Entschädigung geblieben. Während des Kalten Krieges verweigerte die Bundesrepublik Deutschland jede Zahlung an die überfallenen Länder Mittel- und Osteuropas. Erst nach der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten hat die Bundesregierung der Einrichtung von Stiftungen in Polen, Weißrußland, der Russischen Föderation und der Ukraine zugestimmt. Die hierbei von der deutschen Regierung zur Verfügung gestellten Summen von 500 Mio. DM (Polen) und 1 Mrd. DM (GUS) ermöglichen den dort eingerichteten Stiftungen lediglich die Zahlung einmaliger Beträge von wenigen hundert bis max. einigen tausend Mark. Dies ist angesichts des den Verfolgten dieser Staaten zugefügten Unrechts nicht mehr als ein Almosen. Die Überlebenden brauchen zur Sicherung ihrer Menschenwürde verlässliche monatliche Rentenzahlungen.

Eine angemessene Entschädigung der Überlebenden des Holocaust in Mittel- und Osteuropa ist überfällig!

Der Jewish Claims Conference als Vertretung der jüdischen Verfolgten gelang es, wenigstens für diejenigen Überlebenden aus Mittel- und Osteuropa, die ihre Heimatländer inzwischen verlassen haben

und heute in Deutschland, den USA, Australien oder Westeuropa leben, Härtefonds zu erstreiten. Überlebende, die mindestens sechs Monate in einem Konzentrationslager inhaftiert waren oder die mindestens 18 Monate in einem Ghetto festgesetzt wurden oder unter menschenunwürdigen Bedingungen versteckt leben mußten, können aus diesen Fonds einmalig 5.000 DM sowie monatlich 500 DM erhalten. Diese Möglichkeit gilt jedoch nicht für diejenigen, die in Mittel- und Osteuropa geblieben sind bzw. dorthin zurückkehren.

Das bedeutet:

Nachdem die Überlebenden über 50 Jahre auf jede Entschädigung warten mußten, nötigt man sie jetzt, ihre Heimatländer zu verlassen, wenn sie eine Rentenzahlung erhalten wollen. Diese schwer traumatisierten alten Menschen dürfen nicht in die Emigration getrieben werden. Die Mehrzahl der Überlebenden ist über sechzig Jahre alt. Die meisten leben in bitterer Armut ohne adäquate medizinische und soziale Unterstützung. Eine weitere Verzögerung einer angemessenen finanziellen Entschädigung nimmt den Tod dieser Verfolgten in Armut und Bitterkeit in Kauf.

Wir fordern daher die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und den Deutschen Bundestag auf, umgehend für die Gleichbehandlung der Überlebenden des Holocaust zu sorgen. Mit der Jewish Claims Conference ist schnellstens eine Vereinbarung zu treffen, die laufende Rentenzahlungen auch für Überlebende in Mittel- und Osteuropa ermöglicht. Hierzu sind die bestehenden Richtlinien zu überarbeiten und die erforderlichen Mittel bereitzustellen.

(Weitere Informationen über: Lothar Kever, Geschäftsführer des Bundesverband Information & Beratung für NS-Verfolgte, Köln.)

AKTUELL IN BONN**SPD „Sofortprogramm“ für Krankenversicherungen**

Im Streit um die Kosten der Krankenversicherungen hat die SPD-Fraktion interessante Zahlen zusammengestellt. Nach einem am 9. Oktober vorgelegten „Sofortprogramm“ würde allein die Anhebung der Krankenversicherungspflichtgrenze von bisher 6.000 DM monatlich (darüber hinausgehende Einkommen sind derzeit von den gesetzlichen Krankenversicherungsbeiträgen befreit) auf künftig 8.000 DM im Monat (im Osten von 5.100 DM auf 6.800 DM) zu Mehreinnahmen der gesetzlichen Krankenversicherungen von 10 Mrd. DM führen. Dafür könnte der derzeitige Krankenversicherungsbeitrag um 0,6% gesenkt werden. Durch die Ausweitung der Versicherungspflicht auch auf sog. geringfügige Beschäftigungen sei eine weitere Senkung des Beitragsatzes um 0,1% möglich. Durch die von Regierung und Arbeitgeber geplanten Senkung der Lohnfortzahlung auf 80% träten bei den Krankenkassen Einnahmeverluste von 1 Mrd. DM auf. Durch eine „Positivliste“ der Medikamente, die die Kassen bezahlen, ließe sich lt. SPD 2 Mrd. DM im Jahr sparen. Schließlich will die SPD, daß zur Kostenkontrolle Patienten künftig jede einzelne erbrachte Leistung in der ambulanten ärztlichen Versorgung schriftlich bestätigen.

Mitte November Entscheidung über „Eurofighter“?

Im Haushaltsausschuß des Bundestages soll Mitte November die Entscheidung über die Serienproduktion des „Eurofighters“ fallen. Daimler-Benz und andere EU-Konzerne drängen vehement auf einen Produktionsstart. Bisher hatte Verteidigungsminister Rühe nur 100 Mio. DM für das Projekt im Haushalt 1997 bewilligen wollen - zu wenig für die Rüstungsindustrie, die 392 Millionen DM für den Produktionsstart will. Am 9. Oktober berichtete Rühe erneut im Verteidigungsausschuß über den Stand anderer großer Rüstungsvorhaben: Danach soll die Marinerüstung (3 neue Fregatten, 4 neue U-Boote) beibehalten werden, ebenso das Projekt eines gepanzerten Transportkraftwagens, ein neuer Kampfhubschrauber, ein neuer Transporthubschrauber. Gestrichen werden soll ein neuer Lenkflugkörper und ein Transall-Nachfolgemodell, ebenso vielleicht ein gemeinsamer Spionagesatellit mit Frankreich. Konzentration auf eine Überlegenheitsrüstung für den europäischen Kontinent, Aufschub für weiterreichende Rüstung und Spionage (Afrika, Mittlerer Osten), könnte man das Programm beschreiben.

Regierungsstreit um die Steuerreform

Wenige Tage nach der Vorstellung eines CDU-Papiers zur geplanten „großen Steuerreform“ streiten die Regierungsparteien und kommen unter Druck. Waigel mußte neue Defizite einräumen, weil ihm 9 Mrd. DM aus geplanten Privatisierungen fehlen, und das Finanzministerium mußte zugeben, daß die Position von Union und FDP, die Vermögenssteuer müsse aus verfassungsrechtlichen Gründen abgeschafft werden, haltlos und vorgeschoben ist. Die FDP ist unsicher, ob sie die Steuerfreiheit für Zuschläge auf Nacht-, Wochenend- und Sonntagsarbeit wirklich aufheben will, die Union will die Kirchen von der Steuer-

senkung ausnehmen - die Kirchensteuer soll nicht sinken, obwohl sie bisher an die Einkommenssteuersätze gebunden war. Das Kanzleramt versucht, den Krach zu unterdrücken: man solle die Ergebnisse der Regierungskommission abwarten, die zum Jahresende mit einem Gesamtpaket aufwarten will.

DEG-Pfründenwirtschaft

Die „Deutsche Entwicklungsgesellschaft“ (DEG) bleibt wegen ihrer Pfründenwirtschaft im Gespräch. Die Gesellschaft, die CSU-Entwicklungshilfeminister Spranger untersteht, hat nur einen Geschäftsführer - Rainer von Othegraven, früher bei der Dresdner Bank, der seit Jahren samt Gattin durch die Weltgeschichte reist. Allein von 1990 bis 1994 kassierte die Gattin dafür 170.000 DM „Spesenerstattung“ von der DEG, der Herr von Othegraven selbst u.a. 90.000 DM „Trennungsgeld“ - zusätzlich zu seinem Geschäftsführergehalt von 470.000 DM im Jahr. Im Aufsichtsrat der DEG kassieren u.a. Ex-Präsident Walter Scheel, ex-Verteidigungsminister von Hassel, der frühere Aufsichtsrat der Deutschen Bank, Wilfried Guth, Ex-Sparkassenpräsident Geiger und Ex-Handwerkskammerchef von Schnitker, alle weit über 65 Jahre alt, üppige Tantiemen. Von Othegraven hat seinen Posten noch bis 1998, er wurde 1988 für 10 Jahre berufen. „Zur Kontrolle“ der üppigen Ausgaben der DEG-Chefs ist Spranger jetzt ganz was originelles eingefallen: Ein 2. Geschäftsführerposten, um das „4-Augen-Prinzip“ in der DEG einzuführen. Inzwischen ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen von Othegraven und den Aufsichtsrat - wegen „Verdacht der Untreue“.

CSU-Vizechef beim VS

Der Einfluß der CSU auf die bundesdeutschen Geheimdienste steigt. Neuer Vizepräsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz soll danach der bisherige Büroleiter von Bayern Innenminister Beckstein, Klaus-Dieter Fritzsche, werden. Der bisherige Vize, Peter Frisch, war von Bundesinnenminister Kanther schon vor einiger Zeit zum neuen Leiter des Bundesamtes ernannt worden.

Sonntags backen? Nein!

Ähnlich wie die Ausweitung der Ladenschlußzeiten in die Nacht hinein auf weiter anhaltende Gegenwehr von Gewerkschaften und kleinen Ladenbesitzern stößt, scheint nun auch die von der Bundesregierung mit dem gleichen Gesetz in Kraft gesetzte Aufhebung des Sonntagsbackverbots für Bäcker zu einer Ausnahmeregelung weitgehend für große Fabriken und Konzerne zu werden. Die in Hannover erscheinende „Bäcker Zeitung“ hat bei einer Umfrage festgestellt, daß trotz des am 1. November wegfallenden Backverbots 80% aller befragten Bäcker am Sonntag nicht arbeiten und verkaufen wollen.

Was kommt demnächst?

Vom 20. bis 22. Oktober tagt in Hannover der CDU-Bundesparteitag. Am 25.10. berät der „gemeinsame Ausschuß“ von Unternehmerverbänden und Gewerkschaften erneut über die Mindestlöhne im Baugewerbe. Am 14. und 15. Dezember tagt in Brüssel der nächste EU-Gipfel.

Protest gegen Feldjägertreffen**Berliner „Kampagne“ zur Tagung in Julius-Leber-Kaserne**

Vom 2. bis 6. Oktober fand in der Berliner Julius-Leber-Kaserne zum ersten Mal seit dem zweiten Weltkrieg ein Bundesdelegiertentreffen der Feldjäger der Bundeswehr statt. Während die „Kameradschaft der Feldjäger e.V.“ am Grab des Preußenkönigs Friedrichs des Großen einen Kranz „zum Gedenken“ niederlegten, umstellten etwa 20 Antimilitaristen die Gruft. Auf drei Transparenten war zu lesen: „Jeder macht sich die Helden, die er braucht“, „Die Berliner Totalverweigerer grüßen ihre Häsher“ und „Hände weg von unserem schwulen Deserteur“.

Die Transparente spielten sowohl auf Friedrich den Großen an, der während seiner ersten Schlacht die Flucht ergriff und mit seinem Freund Katte das Land verlassen wollte, als auch auf die derzeitige Hauptaufgabe der Feldjäger in Berlin, die Jagd auf Kriegsdienstverweigerer und Totalverweigerer.

Die Berliner Tagung der Feldjäger beschäftigt sich nach Angaben der „Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär“, die die Protestaktion organisierte, unter Ausschuß der Öffentlichkeit unter anderem mit der „besonderen Situation in Berlin“. Berlin als Hauptstadt der Kriegsdienstverweigerer habe gleichzeitig die bundesweit größte Feldjägereinheit mit 170 Mann.

„Ohne die Feldjäger wären Hitlers Angriffskriege bei weitem nicht so effektiv führbar gewesen“, stellt die Kampagne

in einer Hintergrundinformation zu ihrer Protestaktion fest. Noch 1964 stellte eine „Geschichte der Feldjägereinheit“, Lehrbroschüre der Feldjägerschule ATV-Stab, Sonthofen, lakonisch fest, Feldjäger überwachten die ordnungsgemäße Durchführung der Führerbefehle „notfalls mit rücksichtslosen Mitteln bis zum sofortigen Waffengebrauch“. Ein 1987 im „Motorbuch Verlag“ erschienenes Werk über „Feldgendarmen, Feldjäger, Militärpolizisten“ zitiert beifällig den Nazigeneral Speidel, bis 1945 Chef des Feldjägerkommandos III; die Feldjäger seien „gefürchtet von den Elementen, die sich auf irgend eine Weise der Kampffront entziehen wollten.“

„Die Feldgendarmarie des Zweiten Weltkriegs wird ausdrücklich als traditionswürdig angesehen, denn das Ergreifen und Bestrafen und auch das Töten von Deserteuren gehört nun mal zum Krieg“, kritisiert die „Kampagne“ weiter und nennt Beispiele für Übergriffe auch in der jüngsten Zeit: „Bedrohen von Zivilisten mit der Dienstpistole (1993 in Berlin), grundloses Verprügeln von Antimilitaristen und Friedensbewegten auf offener Straße (1996 in Neubrandenburg) und Einsatz gegen Demonstranten bei öffentlichen Veranstaltungen der Bundeswehr (z.B. Gelöbnis in Berlin).“

Quelle: Presseinfos der Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär, 5.10.

In Togo eben auf Politik verzichten**Schockierendes Asylurteil des Verwaltungsgericht Augsburg**

Gerade hat Innenminister Beckstein unter starkem Protest von Flüchtlingsinitiativen einen Flüchtling aus Togo aus dem Kirchenasyl in Wunsiedel heraus verhaftet und abgeschoben, jetzt empfindet das Augsburger Verwaltungsgericht einem asylsuchenden 24-jährigen Togolesen, einer drohenden Verfolgung bei Abschiebung so zu entgehen, daß er sich eben in seinem Heimatland nicht politisch betätigt. Mit beiden Handlungen wird der letzte Rest des Asylrechts und die Würde des Menschen grundlegend angegriffen.

Dem Arbeitskreis Asyl Memmingen ist es zu verdanken, daß das Verwaltungsgerichtsurteil (Az. Au 7K94.31558) an die Öffentlichkeit gelangte.

Am 6. Oktober demonstrierten in München alle fünf togoischen Vereinigungen anläßlich des 6. Jahrestages des 5.10.1990, dem Tag des demokratischen Aufbruchs in Togo, der blutig niedergeschlagen wurde. Auch nach Überzeugung von Flüchtlingshilfsorganisationen handelt es sich bei dem westafrikanischen Land um „eine der unberechenbarsten und blutrünstigsten Diktaturen Afrikas“. Wie schon bei vielen anderen Entscheidungen, beruft sich das Gericht auf Lageberichte des Auswärtigen Amtes, die die Situation von oben betrachten. Hierher hat es auch seine Argumentation, in Togo würden nur politisch exponierte Persönlichkeiten der Opposition verfolgt. Der Asylbewerber kann reden und reden, er bleibt aber bei solchen Richtern immer „unglaublich“, weil er ja keine „Persönlichkeit“ ist.

Neue Qualität hat das Urteil dadurch, daß es solchen „einfachen“ Personen dann auch das Recht auf politisches Handeln abspricht. Der Memminger Arbeitskreis erinnert an „einfache“ deutsche Personen: „Auch wenn den Ge-

schwistern Scholl und den anderen Mitgliedern der Weißen Rose die Flucht in ein anderes Land gelungen wäre, so hätten sie doch bei einer solchen Rechtsprechung niemals rettende Aufnahme gefunden.“ Zum Urteil äußern sie scharfe Kritik: „Auf den Grundgesetz-Artikel ‚Politisch Verfolgte genießen Asylrecht‘ kann ein Richter doch nicht sinngemäß antworten, daß selbst schuld sei, wer politisch verfolgt sei. Was unsere Richter einem Menschen, der vor einem der brutalsten Regime unserer Zeit geflohen ist, raten, ist Duckmäusertum ... Mit einer solchen Rechtsprechung tragen sie zur Stabilität eines solchen Regimes bei. Die nächsten Opfer sind schon in Sicht!“

Der Anwalt des Togolesen hat Antrag auf Zulassung der Berufung gestellt. Weitere Schutzmaßnahmen werden im Asylkreis diskutiert. (baf, C.S., aus: Berichte aus Augsburg und Schwaben, Nr. 21/96)

Aus dem Gerichtsurteil:

„Soweit und solange sie nicht unmittelbar an derartigen Aktionen beteiligt sind, droht weniger prominenten und aktiven Oppositionsangehörigen und Sympathisanten nicht mit beachtlicher Wahrscheinlichkeit politische Verfolgung. Auf die Gefahr, der sie sich anläßlich der Mitwirkung an öffentlich sichtbaren Aktionen aussetzen, kann dabei nicht abgestellt werden, denn es ist ihnen zuzumuten, sich von solchen Aktivitäten fernzuhalten, wenn sie die damit verbundenen Gefahren befürchten. (...) Vor diesem Hintergrund ist es ihnen zuzumuten, derartige politische Aktivitäten in ihrem Heimatland zu unterlassen, wenn sie sich gerade dadurch und damit der Gefahr politischer Verfolgung aussetzen.“ (Verwaltungsgericht Augsburg, Az. Au 7K94.31558)

Rund 320.000 Bürgerkriegsflüchtlinge aus Bosnien-Herzegowina leben in der BRD, dazu kommen noch rund 120.000 Flüchtlinge aus der Bundesrepublik Jugoslawien (Serbien und Montenegro). Alle sollen nach dem Willen der Bundes- und der Länderregierungen auf dem schnellsten Weg die BRD verlassen und in ihre zerstörten Herkunftsländer zurückkehren. Dabei spielt es kaum mehr eine Rolle, ob die Dörfer, Städte, Häuser der Flüchtlinge noch stehen, ob sie in ihre ehemaligen Wohnungen zurückkehren können, ob ihnen Verfolgung wegen ihrer Nationalität, politischen Überzeugung oder Religionszugehörigkeit droht.

Die Flüchtlinge aus der BR Jugoslawien spielen in der öffentlichen Debatte kaum eine Rolle. Sie werden abgeschoben, sobald das Rückübernahmeabkommen zwischen der BRD und Jugoslawien unterzeichnet ist. Beide Regierungen haben bereits ihre Bereitschaft erklärt. Die meisten Betroffenen kommen aus dem Kosovo, einer Krisenregion. Viele sind Kriegsdienstverweigerer und Deserteure. Sie müssen mit Strafverfolgungsmaßnahmen rechnen.

Um die Rückführung der bosnischen Kriegsflüchtlinge ist öffentlicher Streit entbrannt zwischen den Bundes- und Landesregierungen auf der einen und dem Hohen Flüchtlingskommissariat der UNO (UNHCR), Flüchtlingsorganisationen sowie den oppositionellen Parteien PDS und Bündnisgrüne auf der anderen Seite. Die Innenminister von Bund und Ländern sowie CDU, CSU, FDP und Teile der SPD wollen die Flüchtlinge so schnell wie möglich abschieben. Als Termine wurden zunächst der erste Juli, dann der erste Oktober 1996 gehandelt, der auf der letzten Innenministerkonferenz am 19. September 1996 Bestätigung gefunden hat. Allerdings räumt dieser Beschluß den Ländern Spielraum ein, wann sie mit der Rückführung beginnen. Einige Innenminister, etwa aus Hessen und Thüringen, wollen wegen der desolaten infrastrukturellen Lage in Bosnien warten, bis der Winter vorüber ist, jedoch keinesfalls länger. Bayern und Berlin haben bereits mit der Vorbereitung schneller Rückführungen und Abschiebungen begonnen.

Flüchtlings- und Hilfsorganisationen sowie PDS und Grüne drängen dagegen auf eine genaue Einhaltung des Daytoner Friedensschlußabkommens vom 14.12.1995. Dieses sieht vor, daß eine Rückkehr der Flüchtlinge nur auf freiwilliger Basis erfolgen kann. Sie sollen das Recht haben, in ihre Wohnorte und Häuser zu ziehen und können ihren Zielort frei bestimmen. Das Abkommen erkennt damit bewußt die serbische und die bosnische Strategie der ethnischen Homogenisierung ganzer Regionen Bosnien-Herzegowinas durch gezielte Ansiedlung von Flüchtlingsgruppen der jeweiligen Bevölkerungsgruppe nicht an.

Vor dem Bürgerkrieg lebten einem Reisebericht der Ausländerbeauftragten Cornelia Schmalz-Jacobsen zufolge zum Beispiel in der Region Sarajewo knapp 52 Prozent Muslime, 26 Prozent Serben, sieben Prozent Kroaten und 15 Prozent, die sich keiner der Volksgruppen zugehörig fühlten. Im Juli 1996 waren es 84,4 Prozent Muslime, aber nur noch neun Prozent Serben, sechs Prozent Kroaten und knapp ein Prozent „andere“. Ein Viertel der Bewohner des Kantons Sarajewo sind Vertriebene und Flüchtlinge, 90 Prozent davon Muslime, die überwiegend aus der Republik Srpska, dem serbischen Teil Bosniens geflohen sind. Die serbischen Bewohner Sarajewos wiederum sind zu großen Teilen in die Republik Srpska geflüchtet. Über eine Millionen BosnierInnen sind Ver-



Zurück in Chaos und Tod

Die Bürgerkriegsflüchtlinge aus Ex-Jugoslawien sollen auf dem schnellsten Wege abgeschoben werden.
Von Ulla Jelpke MdB und Katina Schubert

triebene innerhalb des eigenen Landes, dazu kommen schätzungsweise weitere eine Millionen, die in insgesamt mehr als 30 Ländern Aufnahme gefunden haben.

Der UNHCR hat im Januar 1996 ein dreistufiges Rückkehrprogramm entwickelt.

Danach sollen zunächst die Binnenflüchtlinge in ihre Herkunftsorte zurückkehren, sofern sie dort keiner Verfolgungsgefahr ausgesetzt sind und eine ausreichende Infrastruktur vorhanden ist. In einer zweiten Phase sollen die Flüchtlinge zurückkehren, die in anderen Republiken Ex-Jugoslawiens Aufnahme gefunden. Insbesondere Kroatien drängt wegen eigener zurückkehrender Flüchtlinge auf eine schnelle Rückführung der Bosnier. Erst in der dritten Phase schließlich ist die Rückkehr der rund 700.000 bosnischen Flüchtlinge aus Westeuropa vorgesehen. 22 Gebiete hat der UNHCR jetzt ausgewiesen, in denen zügig mit dem Wiederaufbau begonnen werden kann. Trotz besseren Wissens begreifen die Bundes- und etliche Landesregierungen diese Regionen als Gebiete, in die bereits jetzt Flüchtlinge zurückgeführt werden können, wenn auch nur solche, die der dort ansässigen Mehrheitsnationalität angehören. Damit sorgen die ScharfmacherInnen in der BRD mit dafür, daß regionale und lokale Konflikte zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen angeheizt werden.

Bislang konnten nach UNHCR-Angaben erst 70.000 Menschen nach Bosnien zurückkehren und auch nur in Orte, die mehrheitlich von der eigenen Nationalität bewohnt werden. Rückkehrer in Gebiete, in denen sie in der Minderheit wären, gibt es so gut wie nicht.

Gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Volksgruppen sind an der Tagesordnung. „Der heiße Krieg ist zwar beendet, aber der kalte Krieg wird weiter von vielen Politikern vor Ort fortgeführt“, berichtete die deutsche UNHCR-Vertreterin Judith Kumin im August 1996 aus Bosnien. Ziel dieser Politiker sei der Aufbau „ethnisch reiner Ministaaten“. Setzt

sich dieser Prozeß fort, ist ihrer Ansicht nach eine „Rückkehr der Flüchtlinge in ihre heimatlichen Städte und Dörfer auf lange Sicht unmöglich“, sagte Kumin.

Der niedersächsische Innenminister und Sozialdemokrat Gerhard Glogowski setzte sich dagegen zum gleichen Zeitpunkt faktisch dafür ein, den Flüchtlingsteil des Daytoner Abkommens aufzuheben. Für Flüchtlinge, die nicht mehr in ihre ursprünglichen Wohnorte zurückkehren können, will er in Bosnien „eine neue Heimat finden“. Es sei ein großer Irrtum des Abkommens zu glauben, man könne die „ethnische Durchmischung“ wieder herstellen. Er wolle zwar niemanden in „Leid und Elend“ ziehen, aber irgendwann müsse mit der Rückführung der in Deutschland lebenden Flüchtlinge begonnen werden.

CDU/CSU untermalen ihre massiven Forderungen nach Abschiebung der BosnierInnen mit einer Neuaufgabe der Sozialneidkampagne aus der Asyldebatte. „Flüchtlinge mißbrauchen Sozialleistungen“, lauteten die Schlagzeilen im August 1996, nachgewiesen wurde das etwa 20 von 320.000. „Die Bürgerkriegsflüchtlinge haben uns genug gekostet, jetzt werden sie für den Wiederaufbau gebraucht“, argumentieren führende und weniger führende Unions-PolitikerInnen. In der Region um Sarajewo etwa liegt die Arbeitslosigkeit bei 90 Prozent, Wohnungen sind kaum verfügbar, weil sie entweder bereits von anderen bewohnt werden oder zerstört sind. RückkehrerInnen aus dem Westen werden die Konkurrenz um Arbeitsplätze und Wohnraum verschärfen.

Die Vertragsparteien des Daytoner Abkommens, darunter die BRD, haben sich zwar verpflichtet, „die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Voraussetzungen für die freiwillige und harmonische Rückkehr“ der Flüchtlinge zu schaffen, tatsächlich hängt jedoch die Umsetzung des zivilen Teils des Daytoner Abkommens weit hinter der militärischen zurück. Die Infrastruktur und das landwirtschaftliche Produktionswesen sind noch weitgehend zerstört.

Die IFOR-Truppen haben nach eigenen Angaben von den kriegsführenden Parteien Meldungen über 9.000 Minenfelder erhalten, jedes davon ist mit bis zu 100 Minen bestückt. Die Militärs gehen davon aus, daß sie nur von der Hälfte der Minenfelder Kenntnis haben, mithin mindestens 1,5 Millionen Minen die bosnische Zivilbevölkerung mit schweren Verletzungen und Verstümmelungen bis hin zum Tod bedrohen, Infrastrukturinstandsetzungen verunmöglichen und die Bestellung der Felder vielerorts ein tödliches Risiko darstellt.

CDU, CSU, SPD und FDP sowie die von ihnen getragenen Bundes- und Länderregierungen lenken von der Diskussion um den dringend nötigen deutschen Beitrag zum zivilen Wiederaufbau ab, indem sie neben der schnellen Abschiebung der hier lebenden Flüchtlinge die Verlängerung des militärischen Mandats der IFOR-Truppen zum vordringlichen Problem der deutschen Bosnien-Politik erklären. Die Union und Teile der SPD streben an, die Bundeswehr „endlich“ vollständig teilhaben zu lassen und in Bosnien einzusetzen.

Sie instrumentalisieren die labile Lage in Bosnien, um die politischen Spielräume für weltweite Einsätze der Bundeswehr auszudehnen und gesellschaftlich hoffähig zu machen.

Notwendig ist es dagegen, mit zivilen Methoden der Konfliktbewältigung die Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen abzumildern und Wege zu einem friedlichen Miteinanderleben zu eröffnen. Dazu sind Hilfsprogramme und die Unterstützung durch Nichtregierungsorganisationen notwendig. Die Bundesregierung weigerte sich bislang, diese Form der Wiederaufbauhilfe zu unterstützen.

Die Abschiebung der Flüchtlinge aus der BRD und den anderen westeuropäischen Ländern trägt zu einer weiteren Verschärfung der Konfliktlage in Bosnien-Herzegowina bei. Deshalb ist die Rückführung auszusetzen, bis ausreichend Aufnahmekapazitäten geschaffen sind.

Die Rückkehr darf nur auf freiwilliger Basis erfolgen.

Flüchtlinge, die nicht mehr zurückkehren wollen oder können, ist ein dauerhafter Bleiberecht in der Bundesrepublik Deutschland einzuräumen mit allen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Rechten.

Dies trifft insbesondere:

- binationale Partnerschaften und Familien, die nirgendwo in Bosnien-Herzegowina akzeptiert werden und dort in ihrem Existenz bedroht sind,
- Kriegsdienstverweigerer und Deserteure
- traumatisierte Flüchtlinge
- ZeugInnen vor dem Kriegsverbrechertribunal in Den Haag aussagen
- alte Menschen, die keine sozialen Zusammenhänge in Bosnien mehr haben.

Zudem ist allen Flüchtlingen, die freiwillig nach Bosnien-Herzegowina gegangen sind, die Möglichkeit der Rückkehr in die BRD einzuräumen, wenn ihnen in ihrem Herkunftsland ein menschenwürdiges, gefahrloses Leben nicht möglich ist oder wenn sich bei ihnen Retraumatisierungssymptome zeigen.

„Ein schwerer Schlag gegen die Pressefreiheit“

Der kurdische Sender MED-TV wird weiter verfolgt / 4 Freilassungen, 17 neue Verhaftungen

Die Verfolgung des kurdischen Fernsehsenders MED-TV, die vor etwas mehr als drei Wochen mit Polizeirazzien in Belgien, Großbritannien und der BRD, der Verhaftung mehrerer Geschäftsführer des Senders und der Versiegelung und Beschlagnahme von Produktionsanlagen einen neuen Höhepunkt erreicht hatte, dauert an. Zwar sind die Sendeanlagen von den gegenwärtigen Angriffen nicht betroffen, so daß der Sender weiter senden kann. Aber neue Produktionen sind behindert, da die Versiegelung und Beschlagnahme der Produktionsanlagen in Belgien andauert. Vor allem: Die Verhaftungen gehen – mit immer neuen und abenteuerlicheren Vorwürfen – weiter.

Nachdem die ersten Festnahmen und Durchsuchungen offenbar keine Handhaben für längere Verhaftungen von Mitarbeitern des Senders erbracht hatten, waren vier Personen aus der Geschäftsführung des Senders in Haft geblieben. Hier hoffte man offenbar, mit Vorwürfen wg. unsauberer Geschäftsführung, „Geldwäsche“ und ähnlichem Haftvorwände zu finden. Das scheint nicht gelingen, letzte Woche Donnerstag wurden alle vier Inhaftierten wieder freigelassen. Unmittelbar nach Verlassen des Gefängnisses aber wurden sämtliche Freigelassene erneut festgenommen, dieses Mal wg. „illegaler Einreise“. Nun soll dieser Vorwurf, der zur Abschiebung der Beschuldigten führen kann, für den gleichen Zweck herhalten: einen unerwünschten kurdischen Fernsehsender zum verstummen zu bringen. Gleichzeitig sollen Ende vergangener Woche weitere 17 Personen in verschiedenen belgischen Städten verhaftet worden sein, von denen man durch polizeilichen Druck eine Aussage erhofft, daß sie zu Spenden für den Sender „er-

preßt“ worden seien. Eine gerichtliche Überprüfung dieser Verhaftungen ist für Dienstag und Mittwoch dieser Woche, d.h. nach Redaktionsschluß dieser Zeitung, angesetzt.

Die Bundesregierung in Bonn dementiert jegliche Beteiligung deutscher Behörden an der neuesten Verfolgungswelle gegen den kurdischen Sender. Auf eine Anfrage der PDS-Abgeordneten Ulla Jelpke erklärte sie, deutsche Behörden hätten mit den Ermittlungen nichts zu tun. Tatsächlich haben deutsche Behörden vor den jüngsten Aktionen sich ganz offensichtlich an den Versuchen, dem Sender die Lizenz zu entziehen, beteiligt (siehe Kasten).

Welche Schritte der angegriffene Sender ergreifen wird, war bei Redaktionsschluß noch offen. Von der kurdischen Seite wollte man die Gerichtstermine Dienstag und Mittwoch abwarten, bevor eine größere Öffentlichkeitsarbeit beginnt.

Angesichts des Ausmaßes der erneuten Verfolgung scheint es dringend nötig, daß sich das Europaparlament mit der Verfolgung des Senders befaßt. Schließlich handelt es sich hier erkennbar um einen Fall von völkerrechtlich verbotener Verfolgung von Minderheiten und schwerwiegender Eingriffe in die Pressefreiheit. Hier der letzte Bericht der kurdischen Nachrichtenagentur DEM über die Verfolgung. (rül)

DEM, London, 12. Oktober

Nach den Polizeirazzien gegen MED-TV am 18. September nahmen die belgi-



schen Behörden Herrn Haydar Agbaba, Frau Zeynep Gezik, Herrn Zana Serin und Frau Hurriyet Ozarslan unter dem Vorwand von Nachforschungen betr. die MED-TV-Finzen fest. MED-TV wies alle Vorwürfe finanzieller Unregelmäßigkeiten entschieden zurück.

Der Direktor von MED-TV, Hikmet Tabak, verurteilte die Razzien. „Diese Operationen zeigen, daß sich die belgischen Behörden dem politischen Druck der türkischen Regierung beugen“, sagte er.

Ein Gericht ordnete am 10. Oktober die Freilassung der Verhafteten an, doch in einer schockierenden Entwicklung wurden sie unmittelbar nach dem Verlassen des Gefängnisses wieder in Haft genommen. Die neuerlichen Verhaftungen wurden nun begründet mit Untersuchungen wegen des Vorwurfs der illegalen Einreise nach Belgien.

Der Direktor von MED-TV erklärte

dazu: „Nachdem sie ihre Vorwürfe der Geldwäsche nicht belegen konnten, ändern die belgischen Behörden nun ihre Argumente, um ihre schlecht beratenen Polizeirazzien rechtfertigen zu können. Diese Angriffe sind ein schwerer Schlag gegen die Meinungs- und Pressefreiheit im Herzen der Europäischen Union. Das Ziel von MED-TV, gegen das die türkische Regierung opponiert, ist die Bewahrung und Förderung der kurdischen Sprache. Das Europäische Parlament und der Europarat haben mehrfach ihre Unterstützung für ethnische Minderheiten und die Sprachen der Minderheiten erklärt. MED-TV verdient ihre Unterstützung.“

Sowohl das Europäische Parlament wie amnesty international haben die türkischen Menschenrechtsverletzungen, gerade auch auf dem Gebiet der Meinungs- und Pressefreiheit, entschieden kritisiert.“ (DEM, 12. Oktober 1996)

Ausländische Stellen „auf die Problematik angesprochen“

Die Bundesregierung und die Angriffe auf MED-TV

Bereits am 24. Juli hatte die PDS-Bundestagsabgeordnete Ulla Jelpke in einer ausführlichen Anfrage nach der Beteiligung deutscher Stellen bei der Verfolgung des kurdischen Senders MED-TV gefragt. Hier Auszüge aus der Anfrage und aus der Antwort der Bundesregierung vom 30. August 1996.

Aus der Vorbemerkung der Abgeordneten für ihre Anfrage:

„Im Frühjahr 1995 nahm der erste internationale kurdischsprachige Satellitenfernsehsender MED-TV von London aus seine Arbeit auf. İlhan Kizilhan von der MED-TV-Programmdirektion erklärte in einem Interview u.a.: „Wir machen Sendungen in türkischer Sprache, wozu wir Menschen aus der Türkei einladen. Es geht uns nicht darum, die Menschen zu trennen, wir wollen sie zusammenbringen. Wir wollen alle Menschen des Mittleren Ostens erreichen, Araber, Perser, Kurden oder Türken.“ (Karın Leukefeld, Solange noch ein Weg ist, Werkstatt-Verlag 1996, S. 237). Außerdem wurden politische und kulturelle Programme in den verschiedenen kurdischen Dialekten wie Sorani, Gurani, Zazaki und Kurmanji ausgestrahlt. Spezielle Sendungen gab es für Kinder, Frauen, Flücht-

linge oder für diverse Religionsgruppen. MED-TV wurde über Europa, Nordafrika und den Mittleren Osten über 34 Länder ausgestrahlt. Der Sender erfüllte alle rechtlichen und vertraglichen Verpflichtungen in Übereinstimmung mit dem „Europäischen Übereinkommen über das grenzüberschreitende Fernsehen.“

Von Anbeginn war der türkischen Regierung dieser Sender ein Dorn im Auge. Er wurde in einer PR-Kampagne als „PKK-TV“ beschimpft und als ein Teil der PKK dargestellt. (...) Wie die „junge Welt“ am 8. Juli 1996 berichtete, habe das Magazin „FOCUS“, nach eigenen Angaben aus Sicherheitskreisen erfahren, daß Bonn und Ankara seit Monaten auf ein Ende von MED-TV gedrängt hatten. Zunächst habe ein portugiesischer Eutelsat-Gesellschafter dem Druck nachgegeben und die Zusammenarbeit mit MED-TV beendet. Die eingesprungene polnische Telekom haben dann den Vertrag bereits nach wenigen Tagen gekündigt. Dadurch habe der Sender den Satelliten-Zugang verloren.“

Die deutsche Gesellschaft, die den Satelliten „Kopernikus“ betreibt, hatte vor etwa einem halben Jahr den Vertrag mit MED-TV nicht verlängert mit der Begründung, der Sender kritisiere die deutsche Politik („Politische Berichte“ Nr. 14/96 vom 11. Juli 1996). (...)

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Ist die Bundesregierung direkt oder indirekt an dem Betrieb des Satelliten „Kopernikus“ sowie an der Vergabe von Übertragungskapazitäten beteiligt, und falls ja, in welcher Weise?

2. Kann die Bundesregierung Behauptungen bestätigen, wonach sie auf die Entscheidung, den Vertrag mit MED-TV nicht zu verlängern, weil der Sender die deutsche Politik kritisiere, Einfluß genommen haben soll? („junge Welt“ vom 8. Juli 1996, vgl. auch Politische Berichte Nr. 14/96 vom 11. Juli 1996) (...)

5. Hat die türkische Regierung der Bundesregierung ebenfalls ein Dossier über den kurdischen Fernsehsender MED-TV überreicht? (...)

8. Fand im Hinblick auf die Auswertung der MED-TV-Sendungen eine Zusammenarbeit bundesdeutscher Dienststellen mit türkischen Einrichtungen/Behörden ... statt, und wenn ja, mit welchen und in welcher Weise? (...)

12. Treffen die Behauptungen des Magazins „FOCUS“ (vgl. „junge Welt“ vom 8. Juli 1996) zu, nach denen Bonn und Ankara laut Angaben aus Sicherheitskreisen seit Monaten auf ein Ende von MED-TV gedrängt hätten?

Die Antwort der Bundesregierung:

Zur Vorbemerkung:

Nach Kenntnis der Bundesregierung ist der Sender MED-TV aufgrund der Tatsache, daß er eine Satelliten-Aufwärts-Verbindung (uplink) in Großbritannien genutzt hat, von den zuständigen britischen Stellen lizenziert worden. Nach Art. 5 des Europäischen Übereinkommens über das grenzüberschreitende Fernsehen obliegt es damit den zuständigen britischen Stellen, für die Einhaltung dieses Übereinkommens durch den Sender MED-TV Sorge zu tragen. Soweit der Bundesregierung bekannt ist, beobachten daher britische Stellen das Programm dieses Senders. Über Aufsichtsmaßnahmen der britischen Stellen gegenüber dem Sender liegen der Bundesregierung keine Erkenntnisse vor.

Zu Frage 1:

Die Deutsche Telekom AG ist Betreiber des Satellitensystems „Kopernikus“.

Zu Frage 2:

Bis zum 31. März 1996 wurde das Programm von MED-TV digital von Brüssel über einen belgischen Transponder des Kommunikationssatelliten DFS 2 Kopernikus nach London übertragen, wo es entschlüsselt und in analoger Übertragungsart auf den Satelliten Eutelsat I-F2 gegeben wurde. Ein Empfang

des digitalen Signals von DFS Kopernikus durch die Allgemeinheit ist nicht möglich, wohl aber der Empfang des analogen Signals vom Satelliten Eutelsat.

Der Transponder von DFS 2 Kopernikus war seinerzeit an den belgischen Veranstalter VT 4, ein Unternehmen der Disney-Gruppe, vermietet und wurde von diesem stundenweise an MED-TV untervermietet. Der Untermietvertrag lief am 31. März 1996 aus und wurde nicht verlängert.

Im übrigen wird auf die Vorbemerkung verwiesen.

Zu Frage 5:

Die türkische Botschaft hatte dem Auswärtigen Amt gegenüber in Gesprächen und Verbalnoten ihre Besorgnis zum Ausdruck gebracht, daß MED-TV den deutschen Satelliten Kopernikus für die Ausstrahlung von Programmen nutzen könnte.

Zu Frage 8:

Es entspricht ständiger Praxis der Bundesregierung, zu Fragen der Zusammenarbeit von Nachrichtendiensten des Bundes mit ausländischen Nachrichtendiensten nur gegenüber der zuständigen Parlamentarischen Kontrollkommission des Deutschen Bundestages Stellung zu nehmen. Aus dieser Antwort kann nicht geschlossen werden, daß im vorliegenden Fall die in der Frage behauptete Zusammenarbeit stattgefunden hat.

Zu Frage 12:

Nachdem sich herausgestellt hatte, daß über den Sender MED-TV - wie in den Antworten zu den Fragen 6 und 9 ausgeführt - PKK-Propaganda sowie Drohungen mit schweren Gewalttaten gegen Deutschland und seine Staatsbürger verbreitet wurden, sind die entsprechenden ausländischen Einrichtungen gelegentlich von deutschen Stellen auf die Problematik angesprochen worden ...

(Quelle: Drucksache 13/5422 vom 24.7.1996 und Antwort von Staatssekretär Werthebach vom Bundesinnenministerium für die Bundesregierung vom 30. August 1996)

Zwischen dem Ende des Golfkrieges und Ende August 1991, in einem Zeitraum, in dem der damalige US-Außenminister Baker fünfmal den Nahen Osten besuchte, um „Friedens“verhandlungen in Gang zu bringen, enteignete Israel über 100.000 Dunam palästinensischen Bodens im besetzten Westjordanland. In dieser Zeit gründete Israel 4 neue Siedlungen, verlieh erstmals einer Westbank-Siedlung offiziell Stadtrechte, gab Pläne für ein Groß-Jerusalem bekannt und begann mit dem Bau von 17 neuen Verbindungsstraßen zwischen Siedlungen.

Die Inbesitznahme und Besiedlung palästinensischen Bodens durch Israel ist weder eine Politik der neuen Regierung noch die Initiative einzelner Minister der gerade an der Macht befindlichen Regierung. Seit dem Beginn der militärischen Besetzung im Jahre 1967 (und auch schon davor) hat Israel ständig palästinensischen Boden enteignet und die Ansiedlung seiner BürgerInnen in den besetzten Gebieten gefördert, und zwar in direktem Widerspruch zu international anerkannten Gesetzen hinsichtlich der Verwaltung besetzter Gebiete.

Bis 1991 hat Israel sich schätzungsweise 65 Prozent des palästinensischen Bodens im Westjordanland und 42 Prozent des Gaza-Streifens angeeignet.

Die Landnahme wird mittels eines umfassenden Geflechts von Militärbefehlen vorgenommen, die die zum Zeitpunkt der Okkupation gültigen Gesetze rechtswidrig ändern. Ein großer Teil des palästinensischen Bodens, den sich Israel angeeignet hat, ist für die Errichtung ziviler Siedlungen und der für sie notwendigen Infrastruktur verwendet worden.

Mehr als 250.000 israelische Siedler haben auf diese Weise ihren ständigen Wohnsitz in den besetzten Gebieten eingenommen, wo sie die gleichen Rechte und den gleichen Schutz genießen, wie die in Israel ansässigen israelischen StaatsbürgerInnen, während über zwei Millionen PalästinenserInnen, die nach dem Gesetz staatenlos sind, unter ausländischer militärischer Besatzung leben.

Die israelische Regierung gibt nicht nur ihre Zustimmung zu Siedlungsaktivitäten, sie fördert auch den Bau und die Erweiterung von Siedlungen durch:

- a) direkte Finanzierung des Bausehens;
- b) die Bereitstellung finanzieller Anreize für Bauherren, kommerzielle Investoren und bereits ansässige Siedler;
- c) die Errichtung einer Infrastruktur ausschließlich für Siedlungen.

Von den israelischen Tageszeitungen „Ha'aretz“ und „Yedioth Aharonot“ veröffentlichte Dokumente aus der Regierung führten Pläne zum Bau von über 106.000 Wohneinheiten in den besetzten Gebieten im Verlauf der letzten drei bis vier Jahre auf, hier wurden die Projekte für die gegenwärtige Entwicklung erarbeitet. Diese Zahl steht im Einklang mit Ariel Scharons früherem Vorschlag – als er schon einmal in der Regierung saß –, die Siedlerbevölkerung (Ostjerusalem nicht gerechnet) auf die gleiche Zahl mit der halben Million PalästinenserInnen zu bringen, die in den Städten Hebron, Nablus, Jenin und Tulkarem leben.

Man muß hinter der derzeitigen israelischen Regierung also keinen Strategiewechsel vermuten, sondern lediglich die offenere Durchsetzung israelischer Interessen.

Eine geschickte propagandistische Darstellung der „Friedensverhandlungen“ zwischen Rabin und Arafat (mit dem Friedenspreis von Stockholm abgerundet) sollte zu dem Eindruck verführen, nun sei auch hier auf der lange Zeit als Krisenregion Nr. 1 geführten

Landkarte ein wenig Ruhe eingekehrt. Tatsächlich wurde damit lediglich die international unter dem Stichwort „Demokratisierung“ arrangierte Befriedungsstrategie auch in diesen Sektor übertragen – in Mittelamerika und Südafrika wie auch in Südostasien feierten diese Entwicklungen bereits ihre merkwürdigen „Erfolge“.

Eine „neue“ israelische Regierungspolitik?

Die Regierung Netanjahus setzt in vielen Punkten nur die Politik ihrer Vorgänger fort



Nicht zu vergessen ist hierbei, daß diese Projekte erst durch Zerstörung resp. Dezimierung der Widerstandsstrukturen möglich wurden.

Gerne wird in solchen Situationen auf die israelische Friedensbewegung verwiesen, die es doch immerhin auch noch gebe. Über deren Gewicht sollte man sich aber – und dies gilt schon länger – keine großen Illusionen machen, da sie sich im wesentlichen aus der liberalen, aber gleichwohl zionistischen Ideologie speist. Ihre Toleranzgrenze mag größer sein als die jener Siedlergruppen und konservativer Verbündeter des Likud-Blocks, ihr Friedensverständnis mag sich weniger auf eine waffenstarrende Armee gründen – aber auch die elegante Form der kapitalistisch-chauvinistischen Herrschaft bleibt dennoch Herrschaft.

Ihre Entstehung gründete mehr auf den Verlusten von israelischen Soldaten – wie bis heute auch immer wieder im Südlibanon – als auf dem ehrlichen Ausgleich, der Rückgabe von Land, dem Stop der Siedlungspolitik, dem Schutz auch für Bildung und Entwicklung in Palästina.

Ein Blick auf die aktuellen Realitäten in den nach wie vor praktisch von Israel kontrollierten Gebieten Westbank und Gaza zeigt die Differenz zu dem gerne arrangierten Eindruck (hier wird auch der Abzug aus Hebron keine Änderungen bringen):

Die neue Umgehungsstraße von Bethlehem hatte in den letzten Tagen ihre Nützlichkeit bewiesen. Während die alte Straße durch die Stadt nun nicht mehr gebraucht wird, garantiert die neue nunmehr eine freie Durchfahrt in die südliche Westbank – nur für israelische Siedler!

Kürzlich wollte ein palästinensischer Anwalt diese Straße in Gegenrichtung Jerusalem benutzen, und obwohl er im Besitz eines gültigen Passierscheins für die Einreise nach Jerusalem war, wurde

ihm die Benutzung dieser Straße verboten. Auf seine Forderung, dieses Verbot schriftlich dokumentiert zu bekommen, wurde ihm erwidert, dies wäre Anordnung von oben. Begründet aber wurden diese unter massiver Landenteignung durchgeführten Straßenprojekte (330 Mio. Dollar) damit, daß sie auch den PalästinenserInnen dienen werden ...

Hier wird also keine „Autonomie“ in der Westbank etabliert, die Apartheid in Form von Mini-Bantustans versetzt die palästinensische Bevölkerung in eine Situation, nur noch Zaungäste im eigenen Land zu sein.

Ein zweites Beispiel: „Unberechtigtes Bauen“ in der Altstadt von Jerusalem wurde dem Palästinenser Hassan Yagmur am 17.9.96 zum Verhängnis; es ging dabei lediglich um strukturelle Verbesserungen an seinem Haus. Zeitgleich gibt die Stadtverwaltung aber Baugenehmigungen an Siedler für die Altstadt aus. Es wurde vermutet, daß dieses Haus auch deshalb zerstört worden ist, weil von ihm aus die Polizei – und eine Gefängnisstation eingesehen werden konnte.

Die israelischen Behörden wollten sich nur auf diesen Kompromiß einlassen: Yagmur könne sein Haus ja selbst zerstören.

Damit greift die Hauszerstörung in der Altstadt mehr und mehr um sich, denn andere Hausbesitzer haben bereits entsprechende Warnungen erhalten. (Jahrhunderte alte Nachbarhäuser werden überdies durch solche Abrißaktionen in starke Mitleidschaft gezogen.)

Über zwei Millionen Flüchtlinge leben nach wie vor in Lagern in Jordanien, Libanon, Syrien und in den 48er-Gebieten. Arafat möchte aber erst Jerusalem „befreien“, dann wolle er um die Rückkehr der anderen bemüht sein, so erklärte er in einer Kundgebung zum Jahrestag des Massakers von Sabra und Shatila im September 1996.

Nachdem die UNRWA(Hilfswerk für diese Flüchtlinge) inzwischen von Wien nach Gaza verlegt worden ist, wird selbst in palästinensischen Kreisen befürchtet, daß damit die Verwaltung an die palästinensische „Autonomie“-behörde übergehen soll, was diese Problematik aus der internationalen Dimension herausnimmt und faktisch Elendsverwaltung unter Arafats Gut-

dünken bedeutet. Eine viel ernstere Frage schließt sich daran an: Womit eigentlich will der Herr Präsident noch irgendwas befreien? In den Lagern schimpft man auf ihn als „Verräter“, nur über die Alternativen ist man sich nicht einig.

Soweit ein kurzer Blick auf die aktuelle Entwicklung, der noch zahlreiche weitere Aspekte hinzufügen wären.

Die Stärke der israelischen Strategie, tatkräftig unterstützt von ihren Beschützern aus Washington, korrespondiert also mit der täglichen Demütigung der palästinensischen Bevölkerung, mit der aktuellen Schwäche ihrer eigenen strategischen Vorstellungen.

Die europäischen Regierungen würden gerne mit (rein)reden wollen, was den USA und Israel aber nicht in den Kram paßt; Kontrolle und Ausbeutung soll lieber bei ihnen bleiben; ein bißchen Entwicklungshilfe in den Gazastreifen könne aber nicht schaden, es erreicht ohnehin nur die dortige Bourgeoisie...

Die neue israelische Regierung verfolgt kein sich von den bisherigen Regierungen unterscheidendes Konzept, sondern hat sich lediglich in einer günstigen allgemeinen Konstellation etabliert und setzt alte Muster fort. Der Likud-Block hatte schon Führungen à la Begin und Shamir zu bieten; und auch die Arbeitspartei war mit Rabin und Peres militärisch präsent, es sei nur an die letzte Invasion in den Libanon im April 96 erinnert.

Es ist in der Zeit einer Feststellung „fundamentalistischer Bewegungen“ bestenfalls etwas aus dem Auge verloren worden, daß sich – früher als die sog. islamischen Fundamentalisten – immer schon die imperialistischen Fundamentalisten, hofiert von einigen fanatischen Eiferern noch reaktionärer Couleur, mit ihren hochtechnologisierten Kriegsführungen gegen die Interessen der Menschenwürde und Befreiung durchgesetzt haben.

Es ist eine Tatsache, daß u.a. der 2. Golfkrieg, verbunden mit dem Reinschleudern osteuropäischer Länder in Freihandelszonen westlicher Produktions- und Migrationszentren, in den westlichen Ländern eine ideologische Rollback-Bewegung befördert hat, in der die Existenz von Klassen – und Ausbeutungsverhältnissen an den Rand gedrängt worden ist.

Aus der westlichen ideologischen und praktischen Kriegsführung entwickelten sich die Bellizisten, die praktischen Kriegsgewinnler, die profitablen Vormärsche – der Dollar steigt, wenn die USA dem Irak drohen.

Nicht anders die Rahmenbedingungen für israelische Herrschaft zwischen rassistischer Großmannssucht und faktischer Kolonialmanier.

Die Netanyahu-Regierung kann heute die Früchte der früheren Regierungen pflücken, während sie gleichzeitig von den gegenwärtigen internationalen Kräfteverhältnissen profitiert.

Man kann aber schon die verstörten westlichen Ideologievertreter ahnen, die der auf diesen kriegerischen Kurs folgenden Antwort aus den Elendsvierteln in Gaza und Westbank fassungslos gegenüber stehen und wieder einmal Ursache und Wirkung vertauschen möchten.

„Die Situation ist sehr dunkel, die Zukunft ist noch schwärzer, aber wir werden nicht ruhig bleiben und alle Mittel einsetzen, um unsere Rechte zu bekommen“, so Ghazi Hamad von der Hamas-Gruppe in Gaza.

Viele der PalästinenserInnen betrachten den Konflikt als gerade erst eröffnet: „In diesen wenigen Wochen hat die israelische Regierung uns ins Gesicht gelacht, sie haben uns verarscht und betrogen. Aber sie werden bezahlen müssen.“

(mc)

Liverpooler Hafenarbeiter seit einem Jahr im Streik

20.000 demonstrierten Ende September ihre Solidarität gegen Lohnsenkung, Tarifbruch und Tagelöhnerarbeit

Mit einer machtvollen Demonstration unterstützten Ende September an die 20.000 Menschen den nun einjährigen Streik der Docker von Liverpool. Containerkräne wurden besetzt und die Einfahrt zum Liverpooler Hafen verbarrikadiert. Aus Solidarität mit den Dockern hatten die Schlepperbesatzungen einen 24stündigen Streik begonnen. Kein Schiff gelangte in den Liverpooler Hafen oder hinaus. Mit einem beispiellosen Großaufgebot von Polizeimacht sollten die Aktionen verhindert werden. Es gab 46 Festnahmen.



1989 löste die Thatcher-Regierung alle staatlichen Hafengesellschaften auf. 9.000 Hafenarbeiter in allen britischen Häfen wurden daraufhin entlassen. Die auf diese Weise privatisierten Hafengesellschaften führten zum erstenmal seit 1947 wieder die

Tagelöhnerarbeit ein.

Tagelöhnerarbeit bedeutet den halben Lohn, keinerlei soziale Absicherung und Arbeit auf Abruf. Trotz eines landesweiten Hafenarbeiterstreiks setzte die britische Regierung ihr Konzept durch. Überall wurden die Gewerkschaften vertrieben, die Arbeitsbedingungen verschlechtert und die Löhne gewaltig reduziert - nur in Liverpool nicht. Dort konnten die Docker gegenüber der Mersey Dock & Harbour Company (MDHC) durchsetzen, daß keine Tagelöhnerarbeit eingeführt wurde.

Aber damit wollte sich die privaten Hafengesellschaft nicht abfinden. Als die neugegründete Firma Torside Ltd. ankündigte, keine Überstundenzuschläge mehr zu zahlen, kam es zu einem Arbeitskampf der Hafenarbeiter, auf den Torside Ltd. mit 80 Entlassungen antwortete. Die Schiffe wurden zudem an die Hafenanlagen der MDHC verlegt. Aber aus Solidarität weigerten sich alle Docker, den Streik der Torside-Kollegen zu brechen. Daraufhin wurden auch sie am 28. September 1995 entlassen und stehen seitdem ebenfalls im Streik.

Mithilfe der neuen Technologien, per Internet und E-Mail informierten die Liverpooler Docker über ihren Arbeitskampf. Hafenarbeiter in Australien erfuhren davon, dann reagierten die Docker in den amerikanischen Häfen und schließlich die Hafenarbeiter in den europäischen Häfen.

So streiken z.B. in Göteborg seit drei Monaten jeweils Montags die Hafenarbeiter. Jeden Montag trifft dort ein Schiff der Atlantic Container Line (ACL) ein. Daraufhin legen die Arbeiter für 12 Stunden die Arbeit nieder und verweigern im Anschluß daran die Überstunden. Die Folge: die ACL-Frachter werden nicht im vorgegebenen Zeitraum abgefertigt, was die Reederei einen Haufen Geld kostet. ACL ist die größte Reederei, die noch die Liverpooler Docks anlaufen läßt.

In Australien worden Warenlieferungen aus Liverpool boykottiert, was schon zum Bankrott einer Schifffahrtslinie führte. In Griechenland gab es einen

24stündigen Solidaritätsstreik. In Kanada werden keine britischen Schiffe mehr gelöscht ...

Im Juni tagte die „International Transportworkers Federation“ (ITF) und begrüßte den Kampf der Liverpooler Dockers. Sie rief zur Unterstützung des Kampfes in allen Ländern auf.

Mittlerweile haben Docker aus acht Ländern ein internationales Koordinationskomitee gebildet, das die Aktionen (Boikotts, Dienst nach Vorschrift usw.) organisiert. Nächstes Ziel ist es nun, die verschiedenen Aktionen auf die Häfen des Mittelmeer auszudehnen.

Eine wichtige Rolle im Kampf der Hafenarbeiter spielen die selbständig agierenden Frauen, die sich zu den „Women of the Waterfront“ (WoW) zusammenschlossen haben. Delegationen der Liverpooler Dockers reisen in der Welt umher, um auf ihren Kampf aufmerksam zu machen. So waren Ende August einige Kollegen auf Einladung der IG Medien in Hamburg auf einer Solidaritätsveranstaltung.

Diese internationale Solidarität ist für die streikenden Docker sehr wichtig. Solidaritätsgrüße und ähnliche Nachrichten sowie Anfragen kann man an folgende Adresse schicken:

Merseyside Port
Shop Stewards Committee
c/o TGWU,
Transport House,
Islington, GB-Liverpool
Telefon 0044/1512073388
Fax: 0044/1512981044

Die IG Medien Hamburg, die die Solidaritätsarbeit in der BRD zu koordinieren versucht, hat auch ein Spendenkonto zur Unterstützung der streikenden Hafenarbeiter eingerichtet. Unter dem Stichwort: „Flying Picket“ kann man die Dockers und ihre Familien mit Geld unterstützen:

IG Medien,
Ortsverein Hamburg,
Bank für Gemeinwirtschaft
BLZ 200 101 11
Konto-Nr: 1290023100

Solidaritätsbeschuß des ÖTV-Gewerkschaftstages

„Die Gewerkschaft ÖTV unterstützt die Liverpooler Hafenarbeiter, die sich seit über einem Jahr im Streik befinden, durch:

○ Einsatz der publizistischen Mittel der Organisation, um die Bedeutung dieses Konflikts als ein exemplarisches Beispiel des Widerstands gegen antigewerkschaftliche Deregulierungspolitik in das Bewußtsein der Öffentlichkeit zu rücken.

○ Ausschöpfung aller Möglichkeiten gewerkschaftlicher Mittel, insbesondere in den deutschen Seehäfen, um Druck auszuüben auf die Mersey Docks & Harbour Company und diejenigen Reedereien, deren Schiffe Ladung für oder aus Liverpool an Bord haben.“

Darüber hinaus wurde seitens des Geschäftsführenden Hauptvorstands der ÖTV zugesagt, eine finanzielle Unterstützung für die Hafenarbeiter zu erbringen. Eine Sammlung unter den Delegierten ergab eine Spende von ca. 8.000 Mark. - (har)



USA / Lateinamerika: Die CIA als Drogenhändler

(Montevideo, 24. August 1996, *comcosur-POONAL*). -

Während die verschiedenen US-Regierungen auf dem amerikanischen Kontinent eine Drogenbekämpfungspolitik durchzusetzen versuchen, die schwerwiegende soziale Auswirkungen auf die Campesinos von Ländern wie beispielsweise Kolumbien und Bolivien hat, brachte unlängst die Zeitung „San Jose Mercury News“ die Verwicklung des US-Geheimdienstes CIA ins Drogengeschäft in einem weiteren Fall ans Licht.

Bei ihren Nachforschungen fanden die mittelamerikanischen JournalistInnen heraus, daß nicaraguanische Drogenhändler im Dienste der CIA während der 80er Jahre tonnenweise



Streikversammlungen, Protestaktionen, Kundgebungen, Solidaritätsaktionen mit den streikenden Liverpooler Dockern

Um sich über den Streik der Docker in Liverpool auf dem laufenden zu halten, kann man seit einiger Zeit sogar im Internet forschen. Unter der Internet-Adresse: „<http://www.gn.apc.org/labor/docks/>“ bekommt man dort die neuesten Informationen, Hintergrundmaterial oder auch die eigens erstellte Streikzeitung. (har)

Drogen an Straßenbanden in der US-Metropole Los Angeles verkauft hatten und die durch diese Geschäfte erzielten Gewinne dann benutzten, um die gegen die Sandinisten kämpfenden reaktionären Contras zu finanzieren.

Bei einem dieser Rauschgift-Verkäufe im Gebiet von Los Angeles handelte es sich um fast eine Tonne Kokain, die einen Verkaufspreis von insgesamt etwa 54 Millionen Dollar erzielte.

Der US-Geheimdienst blockierte nach den Angaben der nikaraguanischen Tageszeitung zum Schutz dieser illegalen Aktionen auch Untersuchungen der US-Bundespolizei FBI, der nordamerikanischen Drogenbekämpfungsbehörde DEA und anderer US-Einrichtungen zur Drogenbekämpfung.

Die CIA sah die ihm zugestandene Summe von 19,9 Millionen Dollar, die der damalige Präsident Ronald Reagan in einem geheimen Befehl für die Aktionen gegen die sandinistische Regierung freigab, den Informationen von „Mercury News“ nach für zu gering an.

Was die verschiedenen Gewerkschaften und politischen Gruppen nicht erreichten, nämlich die autoritär durchgesetzte Bildungsreform zum Thema zu machen, das schafften die SchülerInnen Uruguays. Der Tag der studentischen MärtyrerInnen markierte vor wenigen Tagen den Beginn einer Reihe von Mobilisierungen, bei der mehr als 5.000 Jugendliche mitmachten.

Die Besetzung von ursprünglich vier Mittelschulen wurde zum Vorbild für weitere Schulbesetzungen genommen, in der großen Mehrheit in der Hauptstadt Montevideo (die höchste bis zum Wochenende in den Medien genannte Zahl besetzter Schulen war 26; die Red.).

Die Jugendlichen, die sich scheinbar den unterschiedlichen Realitäten des Landes gegenüber gleichgültig zeigten, den Ruf von ZeittotschlägerInnen hatten und von der Kultur der „Selbstverwirklichung“ bombardiert wurden, haben auf einmal eine Vorreiterrolle übernommen, die die konservativsten Kräfte des Landes alarmiert. Sofort zogen sie die „Gespenster“ der Vergangenheit aus ihrer Mottenkiste: die Gewaltszenen der 60er Jahre würden wiederkehren, die Verfassungsmäßigkeit sei in Gefahr. Angeführt wurde auch ein altes Argument: Die Jugendlichen sind das Kanonenfutter der politischen Organisationen der Erwachsenen.

Doch eine Analyse der heutigen Geschehnisse mit den Gedanken in den 60er Jahren führt eindeutig in die Irre. Die uruguayische Gesellschaft hat damit begonnen, unterschiedliche Organisationsformen gegenüber konkreten Themen zu schaffen, die die Grenzen der Parteistrukturen klar überschreiten, die zugestandenmaßen auf der Beteiligungsebene kläglich dastehen.

Die Koordinaten sind anders. Auch in dieser Haltung der SchülerInnen, die sich spontan organisieren, ohne Führungsfiguren zu folgen und ohne auf Parteivorgaben zu antworten. Auf einmal sind sie da, besetzen, diskutieren, entscheiden demokratisch und stellen sich der Macht mit einer Frechheit und

chen Entwicklungen der komplexen Bildungsrealität des Landes kannte.

Dazu kam ein persönlicher Stil, der auf der Konfrontation und der Abqualifizierung seiner KritikerInnen baute. Die Kritik der LehrerInnenvereinigungen führte er seinerzeit darauf zurück, daß diese durch „Kommunisten und Tu-

sicherheiten machen sie ihre eigenen Erfahrungen.

Ihre Forderung: eine von oben aufgedrückte Reform kennenzulernen, von der sie nicht informiert wurden.

Die Bildungsbehörden zeigen jetzt eine bisher nicht dagewesene Dialogbereitschaft. Sie riefen die VertreterInnen der besetzten Schulen für ein Treffen zusammen, auf dem sich eine Lösung abzuzeichnen schien.

Die Koordination der SchülerInnen der weiterführenden Schulen will „die Aussetzung der Bildungsreform zum Ende des Schuljahres und die Durchführung einer landesweiten Diskussion“. Die Antwort des Bildungsministers zu diesem Punkt versuchte, die Angelegenheit ins Lächerliche zu ziehen: „Was wollen Sie, eine nationale Debatte im Centenario-Stadion (Fußballstadion in Montevideo; die Red.)?“

Die Jugendlichen fordern außerdem eine schriftliche Verpflichtung von den Lehrbehörden.

Der Ausgang ist ungewiß. Bisher haben die Behörden die Räumung der Schulen vermieden. In dem Maß, wie die Zeit verrinnt, steigt die Wahrscheinlichkeit dieser Maßnahme. Die Vereinigungen der Lehrkräfte und Schulangestellten haben die Plattform der SchülerInnen unterstützt. Bis zum Wochenende war der Unterricht noch ausgesetzt.

Das Thema wird weiter Debatten hervorufen. In einem Land, das von Skepsis geprägt ist und das immer weniger in die institutionellen Strukturen glaubt, wird die Mobilisierung der SchülerInnen als hilfreiches Aufrütteln aufgefaßt. Die Jugendlichen wollen offenbar den Platz einnehmen, den die Gesellschaft ihnen verweigert hat. Zur Zeit erreichen sie, daß ihre zahlreichen Stimmen gehört werden.

(Montevideo, 24. August 1996, comcosur-POONAL)

Uruguay: Unerwartet lebhafter Jugendprotest

Die Agentur Comcosur über den Protest gegen eine autoritäre Bildungsreform

Reife entgegen, die große Aufmerksamkeit erregt hat.

Die uruguayische Koalitionsregierung mit Präsident Sanguinetti an der Spitze und mit dem den Taktstock schwingenden Professor Germán Rama als Bildungsminister setzt ohne Beratung eine Bildungsreform durch, die nicht einmal ein Produkt eines speziellen Gesetzes ist, sondern als Schmuggelware im Haushaltsgesetz versteckt ist.

Die Zukunft eines Landes ist in den jeweiligen Bildungsplänen klar vorgezeichnet. Bei so einem wichtigen Thema ist es gut, wenn die Pläne Ergebnis einer breiten Diskussion sind, an der die gesamte Gesellschaft und besonders die am stärksten betroffenen Gruppen teilnehmen können.

Dieser Weg wurde von Rama, einem Fachmann mit großem nationalen und internationalen Prestige, nicht gewählt. Seine Ernennung weckte hohe Erwartungen, doch in der Stunde, als es darauf ankam, zeigte er, daß er die tiefgründigsten noch die alltägli-

pameros“ (die ehemalige Stadtguerilla Montevideos; die Red.) kontrolliert seien.

Heute findet Rama keine bessere Erklärung, als die SchülerInnenmobilisierung dem zuzuschreiben, was er als „Tupamaro-Feiern“ bezeichnet haben soll. Solche oberflächlichen Erklärungen und arrogante Einstellungen scheinen aber die am wenigsten angebrachten bei einem Thema wie der Bildung zu sein, das größte Flexibilität, Toleranz und Bereitschaft zum Dialog erfordert.

Unterdessen besetzen die Jugendlichen weiterhin Mittelschulen und andere Studienzentren. Was passiert dort? Es wird diskutiert, gespielt, es werden die heruntergekommenen Räume in Ordnung gebracht, Schulbänke neu gestrichen und eigene Regeln aufgestellt. Alkohol und andere Drogen sind verboten. Die SchülerInnen können auf die Unterstützung eines großen Teils der Eltern und Nachbarn zählen.

In diesem Kontext, ohne klar festgelegte Strukturen, mit Zweifeln und Un-

Mit einer von Kinkel und Frankreichs Außenminister de Chirac ausgearbeiteten gemeinsamen Erklärung wollten Kohl und Chirac beim EU-Sondergipfel in Dublin demonstrieren, daß die BRD und Frankreich in der EU-Politik weiterhin an einem Strang ziehen. Laut Kinkel sollen Deutschland und Frankreich nicht nur der „Motor der Integration sein, sondern auch der Taktstock“. Schwerwiegende Differenzen zwischen der BRD und Frankreich über den weiteren Fortgang in der EU – insbesondere in Fragen der Außen- und Militärpolitik – sind nach wie vor keineswegs ausgeräumt. Auch die Gestaltung der Verfaßtheit der EU bleibt zwischen den beiden imperialistischen Mächten strittig.

Pünktlich zum Auftakt des Dubliner Gipfels veröffentlichte die französische Zeitung *Le Monde* einen Beitrag von Jacques Attali, ehemals Berater Mitterands und derzeit Mitglied im Staatsrat. Attali unterzieht die deutschen Vorherrschaftspläne in Europa einer kritischen Würdigung.

Dies ist kein Einzelfall. In der französischen Bourgeoisie wird zunehmend konstatiert, daß die deutsch-französische Kumpanei nicht genug für Frankreich abwirft und französische Vorschläge stets darin ihr Ende finden, daß der deutsche Gegenvorschlag akzeptiert werden muß.

Einige Anmerkungen aus der französischen Wirtschaftspresse geben davon einen Eindruck. *La Vie française* (Überschrift: „Betrogenes Frankreich“): „Es wird Zeit zu erfahren, ob unsere arroganten Nachbarn dem ererbten Drang widerstehen werden, ihre Vormacht-



Der neue Stil: Ruhe beim „Lage-Interview“ in Kampfmontur (aus: Spiegel 39/96)

Unwirsch über die deutsche Vormacht

Kritische Stimmen zu den deutschen Vorherrschaftsplänen aus Frankreich

stellung in Europa auszubauen, um endlich zu erreichen, was ihnen in drei Kriegen mit Frankreich binnen 125 Jahren nicht gelungen ist“. *Le Journal des Finances* beschreibt die deutschen Währungspläne unter der Überschrift „Die Messe wird auf deutsch gelesen“ folgendermaßen: „Die Mark ist bereit, ins Kloster der gemeinsamen Währung einzutreten, aber nur zu der vom Frankfurter Erzbischof, der Bundes-

bank, diktierten Bedingung, daß die Mitbrüder ein Keuschheitsgelübde ablegen.“ Im September hatte das *Figaro-Magazin* sich der deutschen Außenpolitik angenommen und unter dem Titel „Deutschland regt sich nicht über den belgischen und italienischen Separatismus auf“ die Thesen des französischen Generals und Autors Gallois vorgestellt. Gallois kritisiert, daß die deutsche Außenpolitik die Zerlegung und

Auftrennung von Staaten und Staatsverbänden fördert und davon profitiert.

Deutschland sei der Nutznießer einer angestrebten Auftrennung von Staatsverbänden etwa in Belgien (Flandern) und in Italien (Lombardei bzw. Padanien) oder der im ehemaligen Jugoslawien.

Attali Kritik zielt in erster Linie gegen die Politik Chiracs: Frankreich müsse wieder zu einer von der BRD unabhängigen Europapolitik kommen, ansonsten würden die französischen Interessen untergehen. Frankreich müsse wieder eigene Vorschläge und Projekte verfolgen und mit der BRD zu neuen Übereinkünften kommen, die die Vorherrschaft der BRD in Europa bremsen.

Attali über die Politik der BRD: „Deutschland träumt davon, sein wirtschaftliches und soziales Modell dem Rest des Kontinents aufzuzwingen, um ihn ökonomisch im Westen und politisch im Osten zu beherrschen ... In Berlin wollen viele zukünftig – das wird mehr und mehr bei jedem diplomatischen Termin deutlich – aus der Europäischen Union eine Sorte normalisierte Freihandelszone machen, einen Zollverein, als Verlängerung deutschen Gebiets.“

Dort zirkuliert dann nur eine einzige Währung, die Eurodeutsche Mark, stark genug um jegliche Konkurrenz, die aus den europäischen Regionen mit niedrigerer Produktivität kommt, zu schwächen, durch Frankfurt der monetären Waffen und durch Brüssel der Subventionen zu berauben.“ (map)

Quellenhinweis: *Figaro-Magazin*, 21.9.96; *Junge Welt*, 12.10.96; *Le Monde*, 5.10.96; *Süddeutsche Zeitung*, 7.10.96.

6 Jahre Einheit:

Es gibt nichts zu feiern – aber viele Gründe zum Widerstand



München. Etwa 2000 Menschen beteiligten sich an der bundesweiten Demonstration gegen die Einheitsfeiern am 3. Oktober in München. Im Vorfeld hatte die CSU im Verband mit der gesamten Münchner Presse gegen die Demonstration gehetzt und ein Verbot gefordert. Sie versuchten, die Münchner Stadtratsfraktion der Grünen und den Landesverband der Bayrischen Jusos dazu zu bringen, die Unterstützung der Demonstration zurückzunehmen, teilweise mit Erfolg. Die Polizei nutzte die erlassenen Auflagen (Verbot von Seitentransparenzen, Kapuze + Sonnenbrille = Vermummung) zu Übergriffen auf den Demonstrationszug und zur Festnahme mehrerer DemonstrationsteilnehmerInnen.

Wir dokumentieren Auszüge aus verschiedenen Redebeiträgen. wob

Siegfried Benker, Stadtrat Bündnis 90/Die Grünen

... Sechs Jahre nach der Wiedervereinigung zeigt sich, daß die blühenden Landschaften nur in der sonst nicht sehr blühenden Phantasie des Bundeskanzlers existiert haben.

Sechs Jahre nach der Wiedervereinigung sind die Lorbeerkränze, um die sich in den Jahren 1989 und 1990 alle gedrängt haben, längst verwelkt.

Sechs Jahre Wiedervereinigung und Deindustrialisierung haben in der ehemaligen DDR in vielen Städten eine Arbeitslosigkeit von 40% hinterlassen.

Sechs Jahre nach der Wiedervereinigung zeigt sich, was diese Bundesregierung unter Wachstum für alle versteht: nämlich gleichzeitiges Wachsen der Unternehmensgewinne und der Arbeitslosenzahlen.

Sechs Jahre nach der Wiedervereinigung zeigt sich, was alles stört auf dem Standort Deutschland und deshalb von Bord geworfen werden muß: soziale und ökologische Errungenschaften müssen als Ballast verschwinden, weil sonst die Unternehmer nicht abheben können.

Sechs Jahre nach der Wiedervereinigung wird dieses Land in einen sozialen Eiskeller umgebaut: wer keine Leistung mehr bringen kann oder nicht mehr gebraucht wird, wird als Schmarotzer definiert und auf der Eisbühne ausgesetzt.

Sechs Jahre nach der Wiedervereinigung hat die brutalste Ausgrenzungsdebatte, die wir in dieser Republik je erlebt haben, gegen Flüchtlinge Früchte

getragen. Flüchtlinge werden nur noch als abzuschiebbende Personen angesehen. Wen stört es schon noch, wenn in einen Folterstaat abgeschoben wird?

Sechs Jahre danach feiern die oberen Tausend die Wiedervereinigung. Die sechs Millionen Armen in der Bundesrepublik sehen keinen Grund zum Feiern.



Sechs Jahre danach feiern die oberen Tausend die Wiedervereinigung. Die sechs Millionen Armen in der Bundesrepublik sehen keinen Grund zum Feiern.

Sechs Jahre danach feiern die oberen Tausend die Wiedervereinigung. Die sechs Millionen Armen in der Bundesrepublik sehen keinen Grund zum Feiern.

Eva Bulling-Schröter, Bundestagsabgeordnete, PDS

Deutschland sieht sich in den Augen seiner Eliten als „normale“ Macht mit globalen Interessen. Zur Absicherung dieser Interessen werden starke Streitkräfte benötigt, und schnelle Eingreiftruppen. Die Umorientierung und Umrüstung der Bundeswehr wird daher mit Volldampf betrieben. DASA, Kraus-Maffei und Siemens werden daher ihre

Gewinne weiter steigern können. Die Militarisierung der Außenpolitik hat selbstverständlich auch ihre innenpolitische Entsprechung. Großer Zapfenstreich, öffentliche Gelöbnisse, Anzeigenkampagnen der Bundeswehr gehören ebenso dazu, wie der geplante Ehrenschatz für Soldaten. Mit obrigkeitstaatlichen Mitteln sollen Rü-

wieder richtig mitmischen. Deutsche Interessen und Rohstoffe müssen gesichert werden. Und natürlich werden dann auch in dem Zuge Rüstungsexporte wieder erleichtert.

Vor diesem Hintergrund ist auch die geplante Osterweiterung der NATO zu sehen, die schon jetzt durch die intensiven Austauschprogramme der Bundeswehr mit den Armeen Tschechiens, Polens, Litauens, oder Ungarns faktisch Realität ist.

Deshalb sage ich nein zur NATO und fordere, daß dieser Dinosaurier des kalten Krieges endlich aufgelöst werden muß, damit in Zukunft dauerhaft Frieden in Europa geschaffen werden kann. Ruhe wünscht sich ein Engagement der Bundeswehr in Bosnien über den 20. Dezember hinaus. Diesemal sollen endlich auch unsere gut trainierten Einheiten von den Kampftruppen zum Einsatz kommen, denn schließlich brauchen die harten Jungs von der Truppe mal wieder was Lebendiges vor der Flinte. Am besten ein paar „böse“ Serben, denn schließlich gehört Bosnien mittlerweile schon zum erweiterten „Reichsgebiet“. Denn auf Druck des Internationalen Währungsfonds ist dort die DM mittlerweile offizielles Zahlungsmittel. Desweiteren ist das bundesdeutsche Kapital in den letzten dreieinhalb Jahren mit rund 35% Prozent aller Direktinvestitionen in Kroatien gewissermaßen zum Hauptsponsor des Diktators Tudjman geworden. Angesichts dieser Fakten sage mir einer noch, es handle sich bei diesen Bundeswehreinheiten auf dem Balkan um selbstlose „humanitäre Hilfeleistungen“.

Deutsche Truppen haben in dieser Region und nirgendwo sonst auf der Welt etwas zu suchen! Deutschland soll zur ersten Friedens- und nicht wieder zur Kriegsmacht werden! Wenn Politik sich auf friedliche Konfliktlösungen stützen soll, bedarf es einer umfassenden Entmilitarisierung der Gesellschaft und damit letztendlich auch der Abschaffung des Militärs.

Der Strategiewechsel der Militärs und der Regierung, der sich in den vergangenen Jahren seit dem Zusammenbruch des Realsozialismus vollzog, knüpft in vielem nahtlos an die Strategien an, mit denen der deutsche Faschismus die Völker in Ost- und Südeuropa untertan machen wollte. Das grausame Ergebnis ist bekannt.

In Schäubles Papier ist von einer neuen geostrategischen Lage Deutschlands in der Mitte Europas die Rede. Auf deutsch heißt das: Wir sind wieder wer. Das größer gewordene Deutschland will

Demonstration gegen Transrapid

Hamburg. Am 22. 9. 96 demonstrierten über 2000 Menschen aus Hamburg, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg in Glinde östlich von Hamburg gegen die Magnet-schwebebahn Transrapid. Auf der Kundgebung sprachen der Bürgermeister der Stadt, Vertreter von Bürgerinitiativen, der Ahrensburger SPD-Bundestagsabgeordnete Kuhlwein, Fürst Bismarck und der grüne Umweltminister von Schleswig-Holstein, Rainder Steenblock. Der Hamburger Senat wurde kritisiert, weil er kein geordnetes Planungsverfahren durchführt, sondern die Planausstellung und das Einsammeln von Einwendungen der Magnetbahn-Planungsgesellschaft überläßt. Die Landesregierung von Schleswig-Holstein wurde aufgefordert, die angekündigte Normenkontrollklage gegen das Bedarfs-gesetz zu erheben. Umweltminister Steenblock versprach, sich dafür einzusetzen. Inzwischen hat die Landesregierung beschlossen, vor dem Bundesverfassungsgericht gegen das Magnetbahn-Bedarfs-gesetz zu klagen, wie Ministerpräsidentin Simonis am 1. 10. bekanntgab. Quellen: CL-Netz, ulj

Bundesweite Frauen-demonstration in Kassel

Schweinfurt/Kassel. „Für einen starken FrauenLesbenkampf gegen Vereinnahmung und Spaltung! – Solidarität mit dem Widerstand der Frauenprojekte!“ Unter diesem Motto fand am Samstag, 28.9.96, eine bundesweite Frauendemonstration in Kassel statt. An der Veranstaltung nahmen ca. 1000 Frauen, überwiegend aus dem autonomen Spektrum, teil. Anlaß war der Kampf des Frauenhauses Kassel um seine Autonomie. Dem selbstverwalteten Trägerverein wurde von der Stadt Kassel zum Ende des Jahres gekündigt, das Haus soll dann von der Arbeiterwohlfahrt übernommen werden. Vorausgegangen waren monatelange Auseinandersetzungen, in denen dem Trägerverein keine Gelder mehr zur Verfügung gestellt wurden und dessen politische Zielsetzung als zu radikal diffamiert wurde. Auf der Kundgebung wurde am Beispiel anderer Frauenprojekte aufgezeigt, daß diese Vorgehensweise nicht unüblich ist. Kleine, autonome Projekte erhalten bedingt durch die massiven Kürzungen im sozialen Bereich – entweder überhaupt keine Zuschüsse mehr oder nur unter der Bedingung des politischen



Köln. Am Samstag, den 28. September führte das Aktionsbündnis Köln gegen Atom-müll-Transporte in der Innenstadt eine öffentliche Aktion durch: „Den Widerstand gegen den (Atom)-Staat organisieren“ stand auf einem Transparent. Eine Wurfboje wird aufgestellt, als Zielobjekt sind kleine Atom-müll-Fässer aufgereiht. Ein Stahl-T-Träger, unschwer als Schiene des Transporteurs der Castor-Behälter, der Deutschen Bahn-AG, zu erkennen, wird auf einen Tisch gelegt. Die Säge dazu darf natürlich nicht fehlen. Eine Wippe mit Politiker-Köpfen lädt zum Werfen ein. Der Stand stieß auf großes Interesse. Sogar einige Polizistinnen und Polizisten zeigten sich interessiert. Am Eisenträger wollten sie aber doch nicht sägen. aus Lokalberichte Köln

Gehörlose demonstrierten

Sie forderten die Anerkennung der Gebärdensprache

Augsburg. Viele Transparente führten die Gehörlosen am 28.9. auf ihrer Demonstration durch die Augsburger Innenstadt mit, auf denen sie sich gegen operative Eingriffe im Kindesalter und stattdessen für eine gesetzliche Anerkennung ihrer Sprache, eine gleichberechtigte Mediennutzung durch mehr Fernseh-Untertitel, visuelle Anzeigetafeln im Nahverkehr, Dolmetscher bei Arztbesuchen, Elternabenden und auf Behörden sowie Aus- und Weiterbildung gehörloser Dozenten forderten. Ihr Infoblatt argumentiert u.a.:

Die deutsche Gebärdensprache gibt es schon seit den ersten Kontakten zwischen den Gehörlosen in Deutschland. Die Entfaltung der Deutschen Gebärdensprache (DGS) wurde jedoch durch die Entwicklung der oralistischen (= lautsprachlichen) Erziehungs- und Schulmethode verstärkt unterdrückt. Diese Unterdrückung erreichte ihren

Höhepunkt im Mailänder Kongreß 1880. Bei diesem Kongreß waren Taubstummenlehrer aus ganz Europa versammelt und beschlossen, die Gebärdensprache ganz zu verbieten. Die Begründung war, diese würde die Fähigkeit der Gehörlosen, Lautsprache zu erlernen, sehr stark beeinträchtigen oder unmöglich machen. Das entspricht nicht der Tatsache. Die Gebärdensprache ist eng mit der Gehörlosenkultur verbunden und gehört zu unserem grundelementaren Bedürfnis. Da sie auf der visuellen Wahrnehmung beruht, können wir uns mit deren Hilfe viel Wissen erwerben. Wenn die Gebärdensprache gefördert wird, führt das zu stabiler Identität der Gehörlosen ... Deshalb fordert die LAG der GSKL die gesetzliche Anerkennung der Deutschen Gebärdensprache als vollwertige und der Lautsprache ebenbürtige Minderheitensprache.

Berichte aus Augsburg und Schwaben

Abschiebung unter Kritik

Polizeiüberfall auf das Cafe Exzess

Frankfurt. Am 27.9. fand im Cafe Exzess eine öffentlich angekündigte Veranstaltung zur kritischen Auseinandersetzung mit der Abschaffung des Asylrechts und der Abschiebepaxis am Flughafen statt. Zum Thema wurde u.a. auch der Film „Gefahr für das Datennetz“ gezeigt.

Weil auf dem Veranstaltungsplakat, das den Film angekündigt hat, auch Bezug genommen wird auf Sabotageakte auf die Datenverbindungen des Flughafens im Juli, ordnete der Bundesgerichtshof die Beschlagnahme des Films, die Durchsuchung des Exzess sowie sämtlicher Besucher an.

In der Begründung heißt es: „Es ist davon auszugehen, daß sich der Film ausdrücklich mit dem Anschlag befaßt, der Gegenstand des Ermittlungsverfahrens (wegen Verdachts der Bildung einer terroristischen Vereinigung; Störung des Betriebs eines dem öffentlichen Verkehr dienenden Unternehmens, ola) ist. Es ist

zu erwarten, daß der Film selbst Informationen zum Tathergang oder den Tätern beinhaltet und damit als Beweismittel in Betracht kommt oder sonstige Beweismittel in dem Lokal ... bereitgehalten werden. Es ist auch zu erwarten, daß sich die unbekannten Täter selbst als Zuschauer unter dem Publikum befinden ...“

Das Dritte Welt-Haus und das Cafe Exzess stellen in Protesterklärungen fest, daß „der Film nicht verboten ist und auch schon in anderen Städten ohne Einschränkungen gezeigt wurde“. Offensichtlich ging es den Verfolgungsbehörden vor allem darum, KritikerInnen der Abschiebepaxis auszuspionieren, in Polizeiakten namentlich festzuhalten und einzuschüchtern. Dafür spricht auch, daß die Räume des Infoladens im Exzess ebenfalls durchsucht und dort Unterlagen mit Anschriften und Quittungen beschlagnahmt wurden.

ola

Staatsschutz vor Gericht

Die Szene sollte ausspioniert werden

Freiburg. Vier Jahre zurück liegt ein Aktionsplan der baden-württembergischen Schlapphüte, die Szenen in verschiedenen Städten des Landes auszuspionieren. Heidelberg, Stuttgart, Karlsruhe, Tübingen und Freiburg waren Zielorte des Landeskriminalamts; dort sollten eingeschleuste Spitzeln in Erfahrung bringen, was derzeit so läuft, evtl. auch als Langzeitagenten aufgebaut werden, um die „Helfershelfer“ der radikalen Fraktionen zu orten.

Nicht sehr gelungen, dieser Plan, denn zunächst Ende Juli 1992 in Tübingen, kurz danach auch in Freiburg flogen die Vögel auf; in Freiburg waren sie unter den Namen „Christian Rücker“ und „Hans Joachim Callsen“ unterwegs gewesen, hatten in der Antifa-Gruppe, in der „Gruppe für die Zusammenlegung der politischen Gefangenen“, auch in der damaligen Türkei-Kurdistan-Gruppe und anderswo gewerkelt. Soweit, so schlecht. Seit dieser Zeit versucht nun einer der damals potentiell Ausgeforschten herauszufinden, was die LKA-Spitzeln in dieser Zeit als Einsatzplan und was sie an Informationen aus diesem „Job“ an ihre Brötchengeber weitergegeben hatten. Das scheint nun einigermaßen auf Widerstände im Apparat zu stoßen. Obwohl das Verwaltungsgericht in einer Verhandlung aus dem Jahr 1995 das LKA Stuttgart aufgefordert hatte, Auskünfte zu erteilen, stellte sich dieses stur. Über das Innenministerium ließen sie mitteilen, daß dies zur Gefährdung ihrer Mitarbeiter führen würde. „Bereits die Mitteilung, daß im Raum Freiburg in den Jahren 1991 und 1992 Verdeckte Ermittler (VE) im linksextremistischen Bereich eingesetzt waren, wäre ... geeignet, die Gefahr von Anschlügen auf Leib und Leben des betroffenen Beamten über das Maß hinaus zu erhöhen ... Der Polizei liegen auch konkrete Informationen vor, wonach einzelne Personen aus dem linksextremistischen Bereich ... bereit wären, identifizierte Verdeckte Ermittler körperlich zu mißhandeln ... Damit könnten solche Beamte aber nicht nur im südbadischen Raum, sondern auch in anderen Landes- teilen nicht mehr als Verdeckte Ermittler eingesetzt werden.“

Diese Argumente des LKA überzeugten das Verwaltungsgericht allerdings nicht. Die 1. Kammer verkündete am 30.7.96 einen Beschluß, wonach das LKA „nicht glaubhaft gemacht“ habe, daß Auskünfte verweigert werden können. Da die Szene bereits vor 4 Jahren – u.a. in der Zeitschrift „ausbruch“ vom Sept. 1992 dokumentiert – davon ausging, „Ziel eines Verdeckten Ermittlers in der Person des ‘Carlsen’ oder ‘Callsen’ geworden zu sein, ... ist nicht erkennbar, daß die (gerichtliche) Klärung ... jetzt noch weitergehende Gefahren verursachen könnte. Sollte es ‘Carlsen’ tatsächlich gewesen sein, so war dieser schon viel früher – nicht zuletzt wesentlich wegen seines Verhaltens und seines im zeitlichen Zusammenhang mit der Beendigung von VE-Einsätzen stehenden plötzlichen Verschwindens – verdächtig worden ... Eine ‘Fahndung’ durch die ‘Szene’ hat bislang trotz mehrerer Indizien ... noch nicht stattgefunden ... nur unsubstantiierte Anhaltspunkte im Fall ‘Freiburg’ sind nicht geeignet, eine bedeutsame, da konkrete Gefährdung zu belegen.“

Sollte ‘Carlsen’ ein VE gewesen sein, so hatte und hat (das Innenministerium) Schutzvorkehrungen zu seinen Gunsten ohnehin zu treffen ... Es gibt keine Anhaltspunkte dafür, daß der Kläger oder sein Umfeld gewissermaßen den Ausgang des gerichtlichen Verfahrens abwarteten, um dann mittels Einsatz von EDV, einer Gesamtschau sowie Rastern die VE-Taktiken der Polizei zu unterlaufen. Das haben sie bisher schon nicht getan ...“

Nachteilige Folgen im Anwerben weiterer Polizeibeamter als VE sieht die Kammer auch nicht, denn dies sei ein ohnehin bekanntes, typisches, im Gesetz angelegtes Problem des Dienstherrn oder Risiko des Beamten. Fraglich ist allerdings, ob nun das LKA tatsächlich die vom Verwaltungsgericht gestellten Fragen beantworten muß, denn die Berufung zu diesem Beschluß steht dem Innenministerium offen. Und der dann zuständige Verwaltungsgerichtshof in Mannheim steht nicht im Ruf, regierungskritisch zu urteilen.

aus az, Freiburg

Stillschweigens und der inhaltlichen Anbiederung an die Geldgeber. Gefördert würden von den Kommunen und Geldgebern wohlgesinnte und politisch gemäßigte Organisationen. So werde versucht zu spalten, die einzelnen Gruppen und Organisationen gegeneinander auszuspielen und den nicht genehmen Widerstand mundtot zu machen. Die Rednerinnen der Frauenprojekte betonten, daß man diesen Versuchen nicht durch Stillhaltetaktik, sondern nur durch gemeinsamen Kampf und radikale politische Inhalte begegnen könne. Frauenhäuser seien „auf der Grundlage einer radikal – feministischen Gewaltanalyse, mit dem Anspruch auf praktische Solidarität und dem Ziel grundlegender Umwälzung der gesellschaftlichen Gewaltverhältnisse entstanden“. Diese Inhalte würden von der herrschenden Politik immer mehr verdrängt und Frauenhäuser, wo sie noch Förderung erhielten, politisch und finanziell soweit in die Ecke gedrängt, daß sie nur noch „Verwalter des Elends“ seien, und dieses gesellschaftlich nicht mehr sichtbar sei.

Rednerinnen von Flüchtlingshilfsorganisationen stellten die Situation von nicht-deutschen Frauen dar. Durch das Ausländergesetz, das kein eigenständiges

Aufenthaltsrecht für Frauen vorsieht, seien Frauen an ihre Ehemänner gebunden und hätten keine Chance, sich aus Gewaltbeziehungen zu lösen. Frauenhändler schleusten Frauen illegal in die BRD ein und ließen diese als Prostituierte für sich arbeiten oder verkauften sie an Zuhälter.

anb

Rechte türkische Jugendliche greifen Kurden an

Köln. Zum Spiel der überwiegend aus Kurden bestehenden Fußballmannschaft Botan SV gegen Borussia Kalk kamen viele Anhänger der „Grauen Wölfe“, die normal nicht zu den Zuschauern der Kalker Mannschaft gehören. Sie zeigten absichtlich ganz offen ihre Gesinnung und hingen am Zaun die Fahne der türkischen faschistischen Partei „MHP“ (drei weiße Halbmonde auf roten Untergrund) auf. Nach dem Intervall von „Botan SV“ beim Vorstand der gegnerischen Mannschaft wurde sie abgenommen. Vor der Platzanlage warteten nach dem Spiel die türkischen Jugendlichen und griffen die kurdischen Spieler an. Soweit die Richtigstellung der Zeitungsmeldung vom darauffolgenden Montag, in der zwar von Bedro-

hung der Kurden gesprochen worden war, aber die Fahne fälschlicherweise als PKK-Fahne ausgegeben wurde! Nicht im Artikel stand auch das Eingreifen der Polizei, die die Kurden, die ja bedroht worden waren, mit vorgehaltener Waffe später aus den Autos herausholten und zwangen, sich auf den Boden zu legen. Das hätte wohl auch keiner der Zeitungsleser verstanden!

Opel baut Werk in Polen - Großinvestition in Gliwice

Essen. Bundesaußenminister Kinkel (FDP), der polnische Staatspräsident Kwasniewski und Opel-Chef Herman nahmen Anfang Oktober persönlich am symbolischen ersten Spatenstich für ein Opel-Werk in Gliwice teil. In Warschau hat die deutsche Adam Opel AG schon 1994 ein Montagewerk eröffnet, damals noch als Joint-Venture mit dem polnischen Automobilhersteller FSO. Die Teile werden von Opel Bochum geliefert. In das Werk in Gliwice – die „Westdeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 3.10.1996 spricht schon wieder von der „oberschlesischen Industriestadt Gleiwitz“ – werden insgesamt 470 Mio. DM investiert. Das ist die bisher größte Einzel-

investition eines deutschen Unternehmens in Polen und eines der größten Industrieprojekte in Polen überhaupt. In enger Zusammenarbeit mit dem Opel-Werk in Eisenach soll ein preiswerter „Familienwagen“ für den osteuropäischen Markt gebaut werden. Eine Belieferung des deutschen Marktes ist nicht vorgesehen. 1995 flossen nach Angaben der Bundesregierung insgesamt 780 Mio. DM Direktinvestitionen aus der BRD nach Polen. Der durchschnittliche Monatslohn beträgt 500 DM.

wof

Absage wegen Schwerte, alias Schneider

Erlangen. Der niederländische Toxikologe Prof. Frank de Wolff hat seine Teilnahme an einem für Oktober vorgesehenen Fachkongreß der Uni Erlangen abgesagt. Wie die Tageszeitung „De Volkskrant“ meldete, protestierte Prof. de Wolff damit gegen den Beschluß der Universität, dem früheren SS-Mann Hans Schwerte alias Hans-Ernst Schneider seinen Dokortitel zu belassen.

„Ich kann nicht damit leben, am Kongreß einer Universität teilzunehmen, die so einen Beschluß faßt“, erklärte de Wolff.

hna

„Sie sagen Recht – sie wollen Land“

Bauernprotest in Thüringen gegen das „Landwirtschaftsanpassungsgesetz“

„Die Industrie ist schon tot – ist jetzt die Landwirtschaft dran?“ „Unsere Betriebe kriegt ihr nicht!“ „Wer Zwie-tracht sät, wird Haß ernten!“ Un-mißverständlich der Protest, den Tau-sende Thüringer Bauern am 23. Sep-tember vor und in der Erfurter Thürin-genhalle zum Ausdruck brachten. Sie waren stellvertretend für die 27.000 gekommen, die sich innerhalb weniger Tage per Unterschrift erklärt hatten.

In der Erregung herrschte dennoch Ei-nigkeit. Das, was die Redner vom Thüringer Bauernverband, darunter auch ein sogenannter Wiedereinrichter, was Wirtschaftsprüfer, Minister und Abgeordnete des Landtages zu sagen hatten, unterschied sich kaum vonein-ander.

Es muß also wirklich ernst sein. Was da in Bonn mit der Novellierung des „Landwirtschaftsanpassungsgesetzes“ geplant ist, bezeichnete Thüringens Bauernverbandspräsident Klaus Kliem als „Frontalangriff auf alles, was wir in sechs Jahren harter Arbeit aufgebaut haben ...“

Eine erneute Vermögensauseinander-setzung, bei der allein die LPG-Nach-folgeunternehmen die juristische Zeche bezahlen sollen, unabhängig davon, wie der Rechtsstreit ausgeht, bezeichnete Kliem als „eindeutig verfassungswid-rig. Dabei ist die Existenz aller land-wirtschaftlichen Betriebsstrukturen gefährdet.“

Es sei geradezu unverantwortlich, bei ehemaligen LPG-Mitgliedern Illusio-nen über höhere Abfindungen zu wecken.

Mit dem Bonner Coup sollen „unsere Betriebe, wie die Treuhandunterneh-men, verschleudert werden. Dahinter stehen die sogenannten „Bodenreform-opfer“, denen die ostdeutschen Agrar-betriebe aller Rechtsformen im Wege sind.“

Dabei benutzen sie den Landbund für ihre offen vorgetragene Forderung nach Rückgabe der Bodenreform.

Der Gesetzentwurf müsse als Ganzes abgelehnt werden, denn „aus einen Haufen Mist wird nun mal keine Torte“, so der Verbandspräsident unter tosen-dem Beifall.

Man werde genau hinsehen, wie vor al-lem die ostdeutschen, die Thüringer Ab-geordneten stimmen werden, denn an den Taten solle man sie messen, einge-denkt des Adenauerschen Satzes: „Was stört mich mein Geschwätz von ge-tern“.

Konrad Scheringer, landwirtschafts-politischer Sprecher der PDS-Land-tagsfraktion und als Vorsitzender einer Agrargenossenschaft selbst betroffen, appellierte an die Bauern, sich nicht teil-en zu lassen, zusammenzuhalten. „Mit diesem Gesetz wittern die Anwälte das Geschäft ihres Lebens“. Zustimmung auch, als er erklärte, daß die PDS-Frak-tion das Thema in den Landtag bringen wird (Plenarsitzung am 10. Oktober) - „da wird namentlich abgestimmt, und da werden wir sehen.“ Er verwies auch auf die Bundestagsabgeordnete Ruth Fuchs, „die hier teilnimmt und erklärt hat, daß die PDS-Bundestagsgruppe ge-schlossen gegen die Novelle stimmen wird.“

Hier, so Scheringer, handele es sich nicht um ein Ost/West-Problem, „son-dern um eines zwischen denen, die um ihre Existenz kämpfen und denen, die schon viel zu viel haben.“ Auf-schlußreich sein Verweis zu Äußerungen des Ministerpräsidenten, der wegen „dringender Termine“ nicht an der Ver-anstaltung teilnehmen könnte. Vogel hatte beim Raiffeisentag erklärt, daß er auch gegen die Novelle sei, und auch für Proteste, aber er habe noch nie erlebt, das das etwas bringt. Scheringers Schlußfolgerung: Dann demonstrieren wir nicht nur mit ein paar Traktoren, dann demonstrieren wir mit allen unse-ren Maschinen. (starker Beifall).

(Annette Rudolph, entnommen aus: UNZ, Linke Zeitung in Thüringen, Nr. 20/96)

1997 müssen 50.000 Rentnerin-nen und Rentner zur Sozialhilfe

„Sozialzuschlag“ für Bezieher niedriger Renten im Osten endet zum 1. Januar

Ab 1. Januar 1997 werden etwa 50.000 Rentnerinnen und Rentner im Osten sich auf den Weg zu den Sozialämtern machen müssen, um dort ihre viel zu niedrigen Renten durch Sozialhilfe auf-zubessern. Davon geht jedenfalls der Verband der Rentenversicherungsträ-ger (VDR) aus.

Seit 1991 hatten diese Rentnerinnen und Rentner durch eine Klausel in Blüms „Rentenüberleitungsgesetz“ ei-nen sogenannten „Sozialzuschlag“ er-halten, der ihre magere Rente aufbes-serte. Dieser „Sozialzuschlag“ war im damaligen Gesetz bis zum 31.12.1996 befristet und fällt jetzt zum Jahresende ersatzlos weg.

Die Bundesregierung hatte 191 be-hauptet, bis 1996 seien die Renten im Osten auf das reale Rentenniveau im

Westen angehoben worden, deshalb könne der „Sozialzuschlag“ dann weg-fallen.

Die jetzt vom Verband genannte Zahl von 50.000 Sozialhilfefällen, die da-durch entstehen, kann deshalb zwei Ur-sachen haben: Entweder hat die Bun-desregierung damals gelogen und die Renten im Osten sind gar nicht auf das Westniveau angehoben, oder auch im Westen gibt es eine entsprechende Zahl von Rentenbeziehern, die auf Sozialhil-fe angewiesen sind.

Proportional zur Bevölkerungszahl würde das bedeuten, daß im Westen ca. 200.000 Personen zusätzlich zu ihrer Rente auf Sozialhilfe angewiesen sind – zusammen wären das dann eine Viertel-million Rentenbezieher, die Renten un-terhalb der Sozialhilfe beziehen. (rül)

Quelle: Tagesspiegel, 8. Oktober 1996



„Ostseefriedenskonferenz“ 1997

PDS Mecklenb.-Vorpommern beauftragt ihren Vorstand

Die PDS Mecklenburg-Vorpommern hat auf ihrem jüngsten Landesparteitag in Wismar einen Antrag verabschiedet, der sich für eine „Ostseefriedenskonferenz 1997“ ausspricht. Darin heißt es:

„1. Die Kreisverbände propagieren ver-stärkt die Vision einer militärfreien Ost-see.“

Dazu sind insbesondere Friedensak-tionen zu Ostern und am Weltfriedens-tag sowie Veröffentlichungen in Mas-senmedien zu nutzen.

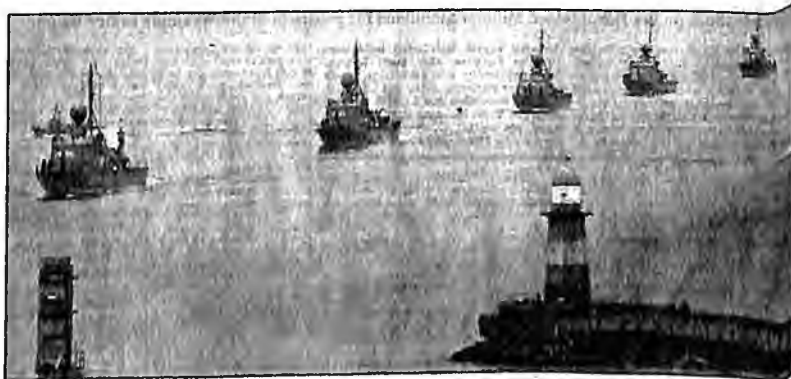
2. Der Landesvorstand wird beauf-tragt, die Initiative zur Einberufung ei-ner „Ostseefriedenskonferenz 1997“ zu ergreifen.

3. Die PDS-Fraktion im Landtag Mecklenburg-Vorpommern wird aufge-fordert, ihre Initiativen für maritime Abrüstung in der Ostseeregion fortzu-setzen und zu verstärken. Ziel soll sein, daß diese Thematik in der Parlama-ta-

rischen Konferenz der Ostseeregion, im Ostseerat und in anderen internatio-nalen Gremien erörtert wird.“

In einem gleichzeitig angenommenen Beschluß „zu Fragen von Frieden und Sicherheit“ kritisiert der Landesver-band die Politik von Bundesregierung und NATO. Darin heißt es u.a.: „Der PDS-Landesverband unterstützt nach-drücklich alle Initiativen, die einer Ent-militarisierung der deutschen Politik dienen, darunter in Sonderheit die Bemühungen um eine militärfreie Ost-see und die Einstellung jeglicher Tief-flugaktivitäten der Bundesluftwaffe als auch jeglicher anderer Streitkräfte.“ Die Behauptung der CDU, „daß die Bundeswehr der größte Investor und Ar-beitgeber des Landes sei“, tarne nur „die zügige Remilitarisierung Mecklen-burg-Vorpommerns.“ (rül)

Quelle: Offenes Blatt der PDS-Mecklenburg-Vorpommern Nr. 8/96



Nach Osten verlagert: 10 Flugkörperschnellboote der „Gepard“-Klasse und der Tender „Elbe“ des ehemals in Kiel stationierten 7. Schnellbootgeschwaders ließen im November 1995 ihren neuen „Heimathafen“ Rostock-Warnemünde an. 1994 waren bereits der Flottillenstab und das 2. Schnellbootgeschwader aus Schleswig-Holstein gen Osten verlagert worden.

Medien- manipulation und linke Gegenwehr

Dieter Brumm, ehemaliger Medienreferent der IG Medien, sprach auf einer Veranstaltung des „Linken Dialogs“ in Köln zum Thema Medienmanipulation und gab in seiner Einleitung einen Überblick über 35 Jahre Medienkonzentration, Medienmonopolbildung und die Versuche, diesen eine demokratische Gegenöffentlichkeit entgegenzusetzen.

Hieß es Anfang der 60er Jahre noch in einem Grundsatzurteil, es sei die Pflicht des Staates, gegen Meinungsmonopole aufzutreten, so hatte sich bis zum Ende des Jahrzehnts die Zeitungslandschaft so weit verändert, daß einem Journalisten, der sich im Hause Springer unbeliebt gemacht hatte und dort gekündigt wurde, bereits 39 Prozent der Tagespresse versperrt blieben.

Aus eigenem Erleben schilderte Brumm die „Zeit der Redaktionsstatute“ zwischen 1969 und 1973, die dennoch zu keiner Zeit konkrete Mitbestimmung in den wichtigsten Redaktionen schaffen konnten. Vergeblich versuchte die Deutsche Journalistenunion – dju – in der IG Druck und Papier, Redaktionsstatute wirksam tarifvertraglich zu verankern. Das Sagen hatte letztendlich immer der Verleger. Auch in Rundfunkanstalten findet eine Mitbestimmung nicht statt – außer vereinzelt bei Lokalradios –, obwohl das Verfassungsgericht die Auffassung für irrig erklärt hat, daß Mitbestimmung im Wi-

derspruch zu den für die einzelnen Anstalten gültigen Staatsverträgen stehe. In den letzten Jahren haben sich Möglichkeiten und Ziele der Meinungsmanipulation gewandelt. Die Einschaltquoten sind zum beherrschenden Faktor geworden. Kurt Tucholsky schrieb in den zwanziger Jahren: „Politik ist die Durchsetzung wirtschaftlicher Zwecke per Gesetzgebung.“

Das gilt heute verstärkt, wie der Fernsehjournalist Peter Kleinert (KAOS-Team) in seinem Beitrag ausführte. Er schlug den Bogen von seinem eigenen Rausschmiß beim Kölner Stadt-Anzeiger vor zwanzig Jahren zur jüngst erfolgten Kündigung des engagierten Gewerkschafters Hartmut Schergel. Mußte Kleinert gehen, weil er in einem Fernsehfilm die Hintergründe der PVC-Vergiftungen von Arbeitern bei Dynamit-Nobel in Troisdorf offenlegte und sich damit den Zorn des Stadt-Anzeiger-Anzeigekunden Flick zuzog, so flog Schergel jetzt, weil er den Artikel eines freien Mitarbeiters über den Reiseführermarkt veröffentlicht hatte, durch den sich der Verleger geschäftlich geschädigt fühlte. Pikanterweise beruft er sich in der Kündigung auf den Tendschutzparagrafen, der die publizistische Haltung und Meinungsfreiheit einer Zeitung schützen soll.

Zu den Möglichkeiten der Gegenwehr konnten die rund 30 DiskussionsteilnehmerInnen an diesem Abend keine Patentrezepte bieten. Starken Beifall fand jedoch der Gewerkschafter Manfred Bloch für seinen Vorschlag, „uns einfach füreinander einzusetzen, zu informieren, zu diskutieren, uns zu trauen, zu sagen, was Sache ist“. Im Fall Schergel z.B. mit Aufklärungsarbeit und dem Ziel, bis zum Arbeitsgerichtstermin am 15. Januar Öffentlichkeit und Solidarität zu erreichen.

(ach, Lokalberichte Köln)

100% Lohnfortzahlung gesichert

Nach acht Runden: Neue Tarife
im Einzelhandel von NRW

Rückwirkend ab 1. April 1996 werden die Löhne und Gehälter im Einzelhandel Nordrhein-Westfalen um 1,85% erhöht. In der untersten Lohngruppe IIa sowie in den ersten fünf Berufsjahren der Gehaltsgruppe Ib werden zusätzlich 5 DM mehr gezahlt. Die Ausbildungsvergütungen erhöhen sich im 2. und 3. Ausbildungsjahr um 20 DM, im 4. Jahr um 15 DM.

Seit einem halben Jahr waren die Tarife für Lohn und Gehalt im Einzelhandel NRW bereits ausgelaufen. Am 20. September, nach acht Verhandlungsrunden, konnte die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) endlich auch in diesem Bundesland neue Tarife mit den Einzelhandelskapitalisten abschließen. Die Verhandlungen waren diesmal so besonders schwer, weil die Bundesregierung die Änderung des Ladenschlußgesetzes und damit die Möglichkeit für Spätöffnung der Geschäfte ab 1. Oktober 1996 gegen den Widerstand der Gewerkschaften und besonders der HBV durchgesetzt hatte. Gleichzeitig beseitigte sie zahlreiche, von den Lohnabhängigen erkämpfte, soziale Sicherungen.

Von größter Bedeutung ist daher die Vereinbarung beim jetzigen Tarifabschluß, daß die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall zu 100% erhalten bleibt. Diese Regelung gilt jetzt bis 1998, denn der gesamte Manteltarif, der eigentlich zum Ende des Jahres 1996 ausgelaufen wäre, wurde um ein Jahr verlängert.

Das bedeutet einerseits, daß auch erst dann erneute Forderungen zur Verkür-

zung der Arbeitszeit von den Gewerkschaftsmitgliedern im Einzelhandel aufgestellt werden können, es bedeutet andererseits, daß sie sich nächstes Jahr auf die Verbesserung der Löhne und Gehälter konzentrieren können.

Die Einzelhandelskapitalisten haben sich schließlich auf einige Regelungen zur Spätöffnung einlassen müssen, weil sie erreichen wollten, daß die Betriebsräte mit ihnen noch vor dem Weihnachtsgeschäft Betriebsvereinbarungen abschließen.

Folgende Zuschläge müssen bei Spätöffnung gezahlt werden: 20% Zuschlag von Montag bis Freitag zwischen 18.30 und 20.00 Uhr sowie an Samstagen zwischen 14.00 und 16.00 Uhr.

Im Verkauf wird ab 20.00 Uhr ein Nachtarbeitszuschlag von 55% fällig, bei anderen Arbeiten wie bisher ab 19.30 Uhr. Die Neuregelung der Zuschläge gilt für alle die Verkaufsstellen, deren Öffnungszeit sich aufgrund der Änderung des Ladenschlußgesetzes verändert.

Ein Samstag pro Monat und die vier langen Samstage vor Weihnachten bleiben zuschlagsfrei. Die Zuschläge sollen grundsätzlich in Freizeit gewährt werden.

(anl)



Forderungsdiskussion für die Tarifrunde '96/97 bei Metall beginnt

Vertreter Esslingen:

100 % + höhere Löhne!

Die Vertreterversammlung der Esslinger IG Metall am 24.9.96 fand wegen der Auseinandersetzung um die Lohnfortzahlung bei Krankheit ergänzt um Betriebsratsvorsitzende und Leiter der gewerkschaftlichen Vertrauensleutkörper statt. Zum Tagesordnungspunkt Tariffbewegung 96/97 brachte die Vertrauenskörperleitung von Mercedes Benz Mettingen folgende Resolution ein, die einstimmig verabschiedet wurde. (rok)

An die Bezirksleitung, an die Mitglieder der großen Tarifkommission, an die Mitglieder des Landesvorstands des DGB (zur Weitergabe an deren Tarifkommissionen)

Eckpunkte für die Vorbereitung der Beschlussfassung zur Tarifrunde 1996/97

1. Der konzertierte Angriff von Unternehmen und Politik auf den Lebensstandard, vor allem der Kolleginnen und Kollegen der unteren Lohngruppen, erfordert dringend eine besondere Berücksichtigung der Geringverdiener in der Tarifrunde 96/97.

2. Die Tarifrunde 96/97 wird davon geprägt sein, daß die Unternehmer, mit Unterstützung von Regierung und großen Teilen der Medien, versuchen werden, Tarifverträge (wo terminlich möglich) zu kündigen und darüber hinaus tarifvertragliche Regelungen wie die Lohnfortzahlung faktisch zur Disposition zu stellen.

Die Großunternehmen visieren parallel dazu eine Strategie an, die zum Ziel hat, von der IGM Zugeständnisse und Kompensationen für den eventuellen Erhalt der Lohnfortzahlung zu verlangen. Für solche Zugeständnisse gibt es auf der Seite der Beschäftigten keinerlei Spielräume mehr.

Die Vertreterversammlung Esslingen fordert die beschlußfassenden Gremien der IGM auf, dieser Orientierung eine klare Absage zu erteilen!

3. In der aktuellen politischen Situation ist eine Verteidigung der bestehenden tarifvertraglichen Regelungen und die Durchsetzung einer für die Belegschaften akzeptablen Lohnforderung nur kampfweg erreichbar.

Die Erfahrungen mit der gescheiterten kooperativen Konzeption der Verhandlungen zum Entgeltrahmen-Tarifvertrag und mit dem Bündnis für Arbeit zeigen, daß die Arbeit mit konfliktvermeidenden gemeinsamen Kommissionen oder Sondierungskommissionen zum Scheitern verurteilt ist.

Die Vorgehensweise für die bevorstehende Tarifrunde muß deshalb wie folgt aussehen:

- Zuerst unsere Forderung in unseren Reihen entwickeln, diskutieren, beschließen und veröffentlichen.

- Gespräche und Verhandlungen mit der Unternehmenseite werden erst auf dieser demokratisch beschlossenen Grundlage geführt.

- Die Gewerkschaften haben in der kommenden Tarifrunde als Sammelpunkte gegen die Übergriffe des Kapitals elementare Bedeutung und hohe Verantwortung.

Der Frontalangriff der Unternehmer auf die Lohnfortzahlung muß deshalb

durch gemeinsame Aktionen aller DGB-Gewerkschaften branchenübergreifend beantwortet werden.

- Die im Frühsommer geplante gemeinsame Sitzung der Tarifkommissionen aller Einzelgewerkschaften muß deshalb unbedingt stattfinden und unverzüglich terminiert werden!

Mercedes Mettingen

Keine „Kompensationsgeschäfte“!

Etwa 150 Vertrauensleute des Mercedes Benz Werks Stuttgart Untertürkheim, Werkteil Mettingen verabschiedeten auf ihrer Versammlung am 8. Oktober folgende Erklärung an den Vorstand, die Bezirksleitung und Ortsverwaltungen Stuttgart und Esslingen der IG Metall:

Die Vertrauensleutbereichsversammlung hat die aktuelle Situation bezüglich Lohnfortzahlung und Anlage der Tarifrunde '96/97 diskutiert und stellt dazu fest:

1. Für uns gilt weiterhin der Manteltarifvertrag und damit die 100%ige Lohn- und Gehaltsfortzahlung im Krankheitsfall. Die Erklärung von Gesamtmetall und IGM-Vorstand sowie die Erklärung des Gesamtbetriebsratsvorsitzenden und Herrn Schrempp kann und darf die uneingeschränkte Gültigkeit des geltenden Tarifvertrags nicht außerkräften.

Deshalb steht nach wie vor unsere Forderung: der erste Schritt zur Durchset-

zung der 100%igen Lohnfortzahlung für alle muß eine klare Rücknahme des Tarifvertragsbruchs durch den Daimler-Vorstand sein!

Wer darauf verzichtet, ermutigt die Unternehmer zu einem weiteren Tarifbruch!

2. Eine der Absichten der Schrempp-Attacke war, die IGM zur Verhandlung über gültige Tarifverträge zu zwingen, und gleichzeitig über eine Paket zur Tarifrunde '96/96 zu verhandeln. Eindeutiges Unternehmerrziel ist: Besitzstände der Kolleginnen und Kollegen noch weiter abzusenken.

Wir sehen keinerlei Spielräume bei den Beschäftigten der Metall- und Elektroindustrie für diese angestrebten „Kompensationsgeschäfte“! Wir fordern deshalb Vorstand und Bezirksleitung nachdrücklich dazu auf, mit Gesamtmetall und VMI nicht über Kompensationen im Rahmen eines „Gesamtpakets“ zu verhandeln! Bei der Erstellung der Tarifforderungen für die Tarifrunde '96/97 muß zuerst die demokratische Meinungsbildung an der Basis im Betrieb und anschließend die Beschlussfassung in der Tarifkommission stehen! Den jetzt eingeschlagenen Weg zentraler und regionaler Verhandlung von weder diskutierten noch demokratisch beschlossenen Verhandlungspaketen lehnen wir ab!

3. Die Belegschaften haben gezeigt, daß sie kämpfen können und wollen. Unsere Kampfkraft ist unsere Stärke und in ihr liegen die aktuellen Sympathie- und Mitgliedergewinne! Wir fordern Euch in diesem Sinne auf, alles zu tun, daß der 24.10. zu einem machtvollen Aktionstag aller DGB-Gewerkschaften wird!

Wichtige Fragen bleiben undiskutiert

Der ÖTV-Gewerkschaftstag beriet vom 29. September bis 4. Oktober

Eine andere Politik, eine andere Mehrheit im Bundestag, das wünschten sich viele Redner auf dem Gewerkschaftstag der ÖTV; nur einer sagte, daß er eine links von CDU und FDP, also eine rot-grüne wolle.

Kritik an der Arbeit des geschäftsführenden Hauptvorstandes gab es vielfach, beispielsweise an der Teilnahme der ÖTV an den „Kanzlergesprächen“ zu Beginn des Jahres, am Tarifabschluß. Aber angesichts des aktuellen Angriffs der Arbeitgeber auf die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und der erwarteten Kündigung der entsprechenden Tarifverträge im öffentlichen Dienst wollten die Delegierten keine zu sehr zerstrittene ÖTV präsentieren. Die Wahlergebnisse waren fast durchgehend für alle Mitglieder des geschäftsführenden Hauptvorstandes besser als bei der letzten Wahl.

Anders als beim Thema Lohnfortzahlung, wo alle sich einige waren, daß und wie dieser Angriff zurückgeschlagen werden muß, nämlich mit Streikmaßnahmen, tat sich eher Ratlosigkeit auf, wie dem permanent stattfindende Sozialabbau, der Umverteilung von unten

„Der Entwurf des neuen DGB-Grundsatzprogramms soll auf dem a.o. DGB-Bundeskongress im November 1996 nicht verabschiedet werden. Der DGB-Bundesvorstand wird aufgefordert, eine breite Mitgliederdiskussion in den Einzelgewerkschaften zu organisieren und den Beschluß über das neue Grundsatzprogramm auf den ordentlichen DGB-Bundeskongress 1998 zu verschieben.“ (angenommen)

nach oben, Einhalt geboten werden kann. Zwar beschreiben einige Redner recht deutlich, was sich vor ihren Augen vollzieht: die Polarisierung von Arm und Reich, die Entwicklung der Arbeitsgesellschaft, die Zunahme der Arbeitslosigkeit, die Steuergeschenke der Regierung - und versuchen damit u.a. die bescheidenen Erfolge der Tarifpolitik zu erklären (s. Dokumentation).

Die Verteilung des Reichtums ist jedoch nur eine Seite der gegenwärtigen gesellschaftlichen Entwicklung, auf die vielleicht mit einer anderen Regierung Einfluß genommen werden könnte. Die andere Seite, die gegenwärtig stattfindende Entwertung der Arbeitskraft, bleibt in der Diskussion weitgehend außen vor. Ansätze finden sich noch am ehesten im Grundsatzreferat des ÖTV-Vorsitzenden, das er nach seiner Wahl hielt, zu dem aber keine Diskussion in der Tagesordnung vorgesehen war, und der Versuch, sie zu führen, nach einem Beitrag unterbunden wurde.

Dabei ist es nicht so, daß die ÖTV-Mitglieder nicht wahrnehmen würden, was stattfindet: Durch die EU kommt es auch im Öffentlichen-Dienst-Bereich zu „Billiganbietern“ im Nahverkehr, absehbar auch in den privatisierten Be-

„Die ÖTV- und DGB-Spitze wird aufgefordert, die rechtliche Auseinandersetzung zu suchen, damit das Trittbrettfahrertum nicht mehr möglich wird.“ (angenommen, viele Gegenstimmen)

reichen der Krankenpflege oder Müllentsorgung. Zwar findet keine Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland statt, stattdessen kann man gut ausgebildete Fachkräfte für niedrige Löhne importieren (siehe Baubereich) oder

auch schlecht ausgebildete Arbeitskräfte (siehe 2. Schiffsregister). Hinzu kommt, daß im öffentlichen Dienst die Einführung neuer Techniken eher am Anfang denn am Ende steht, so daß die Auswirkungen noch kaum zu spüren sind. Es ist absehbar, daß in einigen Jahren durch diese Rationalisierung ein weiterer großer Arbeitsplatzabbau im öffentlichen Dienst stattfinden wird; zusätzlich zu dem politisch gewollten,

„Die Gewerkschaft ÖTV wendet sich politisch gegen die Auffassung, daß Sozialhilfeeinkünfte grundsätzlich niedriger sein sollen als Einkommen aus Erwerbsarbeit - selbst in den unteren Lohn- und Gehaltsgruppen. Sie vertritt vielmehr im DGB und in der Öffentlichkeit offensiv die Ansicht, daß die Sozialhilfe zu einer existenzsichernden Grundversorgung ausgebaut werden muß.“ (angenommen)

zur Privatisierung. (Zu all den Problemen wie auch zum Thema Sozialabbau gibt es Anträge und Beschlüsse, die hier weder aufgezählt, geschweige denn dokumentiert werden können.)

Eine offene Diskussion darüber, daß diese Veränderungen nicht ohne Auswirkungen auf die Einkommen im öffentlichen Dienst bleiben wird und wo der Schwerpunkt gewerkschaftlicher Gegenwehr unter diesen Bedingungen liegen muß, findet jedoch nicht statt. Besitzstandsängste?

Wenn es um konkrete Strategien geht, wird die Diskussion eher gefährlich. Alle Anträge, die unteren Einkommensgruppen zu streichen, wurden abgelehnt. Begründung: Wenn diese Beschäftigungsbereiche teurer werden, würden sie eher privatisiert. Abgesehen davon, daß inzwischen auch Hochbezahlte Tätigkeitsbereiche wie Rechenzentren, Konstruktion u.a.m. outsourced, sprich privatisiert werden: Wenn der Angriff dem Lohnstandard gilt, muß es doch Aufgabe der Gewerkschaften sein, solidarisch die Schwachen zu

„Der geschäftsführende Hauptvorstand möge die Initiative ergreifen, um die Bedingungen für eine Zusammenführung der ÖTV mit den Betriebsgewerkschaften des Öffentlichen Dienstes herzustellen.“ (angenommen)

schützen. Im übrigen hat es noch immer allen genutzt, wenn es politisch gelang, die unteren Einkommensgruppen stärker anzuheben.

Als hilflos muß man auch die Beschlüsse bezeichnen, die „Antworten“ auf die Mitgliederverluste darstellen: gegen sog. Trittbrettfahrer, für Fusion der ö.D.-Gewerkschaften.

Abschließend noch eine Einschätzung zur Ost-West-Diskussion. Da sich in unserer Gesellschaft die Hierarchie überwiegend im Einkommen widerspiegelt, werden die ÖTV-Mitglieder im Osten auch intern solange „zweitklassig“ sein, solange sie keine 100% haben. Grund genug für diese und für die „Gewerkschaftslinken“, die Forderung nach schneller Angleichung zu unterstützen.

(har)



Am Morgen des 1. Oktobers zeigten die Delegierten des Gewerkschaftstages vor dem Mercedes-Werkstor in Untertürkheim Solidarität mit den Aktionen gegen die Kürzung der Lohnfortzahlung.

Dokumentiert: Aus der Diskussion zum Geschäftsbericht

Öffentliche Armut

„Welche Antwort findet diese Organisation auf die Bestrebungen, die Gesellschaft umzubauen? Wir brauchen nur in unsere Innenstädte zu gucken, dann sehen wir, was das bedeutet. Da sieht man Geschäfte, wo Sakkos und Anzüge für 4 000 Mark angeboten werden, und um die Ecke sitzen Obdachlose und betteln.“

Die Frage ist: Was machen wir? Was kann der Beitrag dieser Organisation bei dieser gesellschaftlichen Auseinandersetzung sein? Ich denke, die Botschaft muß lauten: Konfrontation dort annehmen, wo sie uns aufgezwungen wird - in der Frage der Lohnfortzahlung -, und ausdrücklicher, bewußter und intensiver in die politische Debatte eingreifen, etwa beim Thema Steuerreform, etwa beim Thema Umverteilung. (...)

Das heißt dann aber auch... über die Auseinandersetzung über die Lohnfortzahlung hinaus in Richtung 1998 zu denken, die Standortdebatte offensiver zu betreiben, entschiedener die Frage der öffentlichen Armut aufzurollen, breiter das Thema der Verteilung anzupassen und heranzugehen, eine gesellschaftliche Mehrheit links von CDU und FDP und gegen das Konzept der marktliberalen Verarmung und der Veränderung dieser Gesellschaft zu bilden.“ (F. Bsirske, Hannover)

Ohnmacht der Tarifpolitik

„Es geht in dieser Frage nicht um Ost und West..., sondern es geht in dieser Frage um die Ohnmacht der Tarifpolitik. Ich bin fest davon überzeugt, daß wir die Angleichung Ost wie die 35-Stunden-Woche nur durchsetzen werden in langen Arbeitskämpfen. Wir müssen prüfen, ob unter den gegenwärtigen Bedingungen Arbeitskämpfe um die Verkürzung der Arbeitszeit, Arbeitskämpfe um die unbestritten notwendige Angleichung Ost mit genügend Aussicht auf Erfolg geführt werden können. (...)

Die Tarifpolitik ist begrenzt, weil die Wirtschafts- und Finanzpolitik be-

schäftigungsfeindlich ist. Das ist das Problem. Wir können erst wieder eine bessere Tarifpolitik machen, wenn wir auch wieder die Bedingungen für eine bessere Wirtschafts- und Finanzpolitik haben. Man kann bei sechs Millionen Arbeitslosen keine radikale Tarifpolitik machen, so gern wir das wollen. Das geht nicht, denn die Leute haben zuviel Angst. Deswegen brauchen wir eine andere Wirtschafts- und Finanzpolitik. Eine Finanzpolitik, die wieder für Beschäftigung sorgt und nicht Beschäftigung vernichtet.“

Die Verteilungsspielräume sind nicht so gering. Ein Beispiel: Der Vermögensbestand der Privathaushalte in Deutschland lag 1993 bei 9,6 Billionen Mark, 9600 Milliarden Mark. Die Vermögenssteuer-Einkünfte in diesem Jahr lagen bei weniger als neun Milliarden Mark. Dieser Staat verschuldet sich zu hohen Zinsen und läßt die Reichen völlig ungeschoren. (...) Eine solche Regierung bedroht die Handlungsfreiheit der Gewerkschaften. Wir müssen die Auseinandersetzung um die Lohnfortzahlung gemeinsam mit den anderen Gewerkschaften zum Ausgangspunkt nehmen, damit wir in den nächsten zwei Jahren eine Politisierung dieser Republik erreichen, die dazu führt, daß wir 1998 eine andere Bundesregierung haben.“ (M. Wendt, München)

Strategische Ansätze fehlen

„Weiter fehlen aus meiner Sicht strategische Ansätze zur Beschäftigungspolitik, immer mehr Prognosen besagen, daß sich die Arbeit nicht nur in unserer Volkswirtschaft, sondern auch global - wegen der Produktivitätsentwicklung - rapide verringert. Zu den bisherigen Prognosen einer Zweidrittel-Arbeitsgesellschaft treten Vorausagen, daß nur noch ein Fünftel der Arbeitskräfte weltweit Arbeit haben werden. Wir müssen die Auseinandersetzung mit diesen Entwicklungen dringend verstärken und umfassende Strategische Ansätze finden. Dazu gehört beispielsweise das schnelle Vortreiben unserer Willensbildung zu weiteren wirksamen Arbeitszeitverkürzungen.“ (C. Kasten, NRW I)

100
1896 - 1996

ötv

Bei Daimler Benz, dem größten deutschen Industriekonzern, war der Teufel los, nachdem der Vorstand den Vorreiter spielte und zum 1. Oktober die Entgeltfortzahlung bei Krankheit und Schwangerschaft auf 80 Prozent reduzieren wollte. Ganze Belegschaften beteiligten sich an Arbeitsniederlegungen, gingen auf die Straße, verweigerten Sonderschichten. Jetzt verhandelt die IG Metall.

Für die SoZ unterhielt sich Bernhard Strasdeit mit Tom Adler, Betriebsrat bei Daimler Benz im Zweigwerk Mettingen bei Stuttgart. Wir bedanken uns bei der SoZ-Redaktion für die Erlaubnis zum Nachdruck.

Die Initiative von Stumpfe und Schrempp, die Lohnfortzahlung unter Umgehung von Tarifverträgen zu kürzen, ist dank heftiger Proteste auch in Euerm Werk erstmal zum Halten gebracht. Wer brachte die Mobilisierung in Gang?

Tom: Der Druck kam eindeutig von unten. Schon unmittelbar am Vormittag nach dem Vorstandsbeschluss, also am 25. September, legte die Frühschicht von sich aus die Arbeit nieder.

Die Leute waren auf 180. Das war spontan, ging nicht auf die IG Metall oder auf Betriebsräte zurück.

Bis dahin gab es nur die auf Vertreterversammlungen ausgegebene Losung der Bezirksleitung, jeder Betriebsrat solle tapfer seinen Unternehmer ansprechen, wie der es denn mit der Einhaltung von Tarifverträgen halte.

Über diese Vorgabe war die Bewegung vielerorts lange hinweg. Als ich an diesem Mittwoch von der Sitzung der Tarifkommission zurückkam, lief die Spätschicht gerade heraus. Sie hatte die Arbeit erst gar nicht aufgenommen. Auch die Nachtschicht verhielt sich so.

Ähnlich war es in anderen Werksteilen. In Mannheim gab es in diesen zwei Tagen spontan anwachsende Umzüge in den Werkshallen und Protestkundgebungen. In Bremen war in dieser Phase nahezu jeder Tag ein Aktionstag mit Arbeitsniederlegungen.

Organisierte Kundgebungen gab es am Donnerstag bei uns und in Untertürkheim. Diese waren sehr gut besucht und Ausdruck eines so massiven Zorns, wie ich das bislang noch nie erlebt habe. Es wurde nicht über die Teilnahme diskutiert, sondern darüber, ob man anschließend wieder reingehen soll.

In dieser Situation, in der sozusagen alles möglich gewesen wäre, einigte man sich auf den nächsten Dienstag (den 1. Oktober) als nationalen Protesttag der Mercedes-Belegschaften.

Die Diskussionen in diesen Tagen haben mir verdeutlicht, was man sonst mehr als Bücherweisheit mit sich rumträgt: Bewußtsein kann sich rasend sprunghaft entwickeln.

Viele haben kapiert, daß endlich was passieren muß. Es beteiligten sich Leute an Proteststreiks, die ein Tag zuvor noch passiv und erbsenzählerisch gefragt hätten: „Wer zahlt, wenn ich rausgehe?“

Wurden die gewerkschaftlichen Mittel in dieser Phase ausgereizt?

Tom: Auf der Sitzung der Großen Tarifkommission am Tag nach der Schremppschen Ankündigung gab es zwar harte Worte gegen Gesamtmetall. Aber Zambelli warnte davor, gegen solche Unternehmen vorzugehen, die den Tarifvertrag noch einhalten.

Das ist rechtsgläubig und kurzsichtig, denn Rechtsfragen sind Machtfragen. Schrempp & Co hätten keinen Augen-

blick gezögert, den nächsten Rechtsbruch vorzubereiten, wenn wir nicht Gegenmacht gezeigt hätten.

Die Chance, den breiten Zorn und die Bereitschaft zum Handeln zu nutzen und eine übergreifende Konfliktstrategie zu fahren, wurde und wird einfach nicht ausreichend genutzt.

Die Proteste in den Betrieben haben zwar ausstrahlt, aber mit einer gewerkschaftlichen Strategie, die Bewegung zu verbreitern, hätten weit mehr Belegschaften miteinbezogen werden können.

Warum liefen die Kolleginnen und Kol-

legen nicht schon Sturm, als die Bundesregierung am „schwarzen Freitag“, dem 13. September, ihr Sparpaket im Bundestag durchbrachte und den Gewerkschaften eine politische Niederlage zufügte?

Tom: Dafür gibt es mehrere Ursachen. Die Großkundgebung in Bonn war beeindruckend, aber sie gab keine Orientierung auf eine Steigerung des gewerkschaftlichen Widerstandes. Dazu kam die Urlaubszeit.

Es gab dann Debatten darüber, warum man am 7. September samstags und nicht während der Arbeitszeit auf den Stuttgarter Schloßplatz ging. Die fehlende Erfahrung mit politischen Streiks trug dazu bei, daß die Regierungsentcheidung eher unbeeinflussbar schien. Mit dem dann folgenden offenen Tarifvertragsbruch in Sachen Lohnfortzahlung hatte niemand gerechnet. Da war der Gegner dann konkret. Da kam auch hoch, daß in letzter Zeit schon zu Vieles geschluckt wurde.

Noch vor kaum einem Jahr konnte die Geschäftsleitung die Stimmung bei Euch gegen Vertrauensleute und Betriebsräte mobilisieren.

Tom: Der Vorstand fährt seit einiger Zeit einen Großangriff auf die erreichten Standards der Belegschaft.

Gedroht wird in jedem Werk mit einem massiven Abbau von Arbeitsplätzen, wenn die Kataloge der Firmenleitung nicht akzeptiert werden.

Das Ganze funktioniert wie ein Wanderzirkus der Erpressungen. Macht die Belegschaft in einem Werk Zugeständnisse, kommt das sogleich im nächsten Werk auf die Tagesordnung.

Bei uns wurde im Herbst 1995 mit dem Verlust von 2.000 Arbeitsplätzen gedroht, um tarifliche Rechte wie Erholzeiten einzuschränken und Flexibilisierungen durchzusetzen. Damit sollten beschäftigungsrelevante Wirkungen der Arbeitszeitverkürzung unterlaufen werden.

Die Angst um den Arbeitsplatz war vorherrschend und setzte uns unter Druck.

Der letzte große Arbeitskampf um die 35-Stunden-Woche liegt zwölf Jahre zurück, da fehlt Kontinuität.

Dank einer langjährigen basishen Arbeit und mit einem Streik Anfang dieses Jahres über drei Schichten, der das Werk Sindelfingen zum Stillstand brachte, konnte in dieser Auseinandersetzung das Schlimmste verhindert werden.

Die Erfahrung war wichtig für den gegenwärtigen Konflikt. Schon drei Monate später gab es dann kämpferische Aktionen und Warnstreiks gegen das Bonner Sparpaket.

Gibt es einen anhaltenden Stimmungsumschwung hin zu mehr sozialer Solidarität? Wächst das Bewußtsein, daß die herrschende Standortlogik keine Arbeitsplätze erhält?

Tom: Mehr Solidarität ist spürbar. Ob der Umschwung anhält, hängt stark auch vom politischen Willen der gewerkschaftlichen Führung ab. Die

Standortideologie greift noch in der Breite, aber mehr Kolleginnen und Kollegen denken tiefer nach und sind zugänglicher für andere Argumente.

Stumpfe und Schrempp versuchen ihr Glück nun am Verhandlungstisch. Die IG-Metall spricht von 100 Prozent minus X. Gemeint sind Zugeständnisse an die Unternehmer, etwa bei der Berechnung der Lohnfortzahlung nur die Regelarbeitszeit zu berücksichtigen. Was hältst Du von dieser Kompromißlinie?

Tom: Der versuchte Tarifbruch sollte nicht belohnt werden. Die 100prozentige Lohnfortzahlung darf nicht mit Einbußen beim Urlaubs- und Weihnachtsgeld erkauft werden. Das wäre eine glatte Aufforderung zu weiteren Tarifbrüchen.

Die Kompromißlinie des Vorstands und der Bezirksleitung stößt auf breites Mißtrauen in der Belegschaft. Nach dem Spitzengespräch am Montag sackte die Stimmung bei uns ziemlich runter. Die sich anbahnende Serie von Gewerkschaftseintritten und Übertritten von den Christlichen riß wieder ab. Diese Art von Verhandlungen wirkt demobilisierend.

Kompensationsgeschäfte, die zu Lohnkürzungen führen, schnüren die augenblickliche Bewegung für den Erhalt der vollen Lohnfortzahlung ein, statt sie zu entfalten.

Die Forderungen der kommenden Tarifverhandlungen dürfen nicht im Vorfeld geopfert werden für etwas, was gültiger Vertrag ist.

In einer Erklärung haben unsere Vertrauensleute das den entsprechenden Gremien kundgetan. Wir haben nichts davon, wenn die Lohnfortzahlung symbolisch bei 100 Prozent belassen wird und die sozialen Grobheiten dann durch die Hintertür erfolgen.

Überstunden und Sonderschichten tragen bei zu den hohen Arbeitslosenzahlen. Warum also nicht ruhig die Bemessungsgrundlagen ändern?

Tom: Der Verzicht auf Überstunden ist notwendig und durchaus vermittelbar. Die Mehrarbeit muß in Freizeitguthaben umgewandelt werden, so daß ein Personalbedarf ausgelöst wird.

In dieser Diskussion können wir bestehen. Der Eiertanz um die Bemessungsgrundlage ist überflüssig und dient mehr zur Beruhigung nach innen.

Die Unternehmer sind ja auch nicht blöd, sie handeln uns eine andere Bemessungsgrundlage ab und verzichten

dann auf Überstunden. Beim Abbau von Überstunden muß es darum gehen, daß daraus neue und reguläre Arbeitsverhältnisse entstehen.

Wir brauchen eine gewerkschaftliche Position, die sich gegen die gängige Personalpolitik des „Heuern und Feuern“ richtet.

Die Stammebelegschaften werden weiter abgebaut, die Randbelegschaften wachsen über befristete und deregulierte Arbeitsverhältnisse an.

Am 2. Oktober besuchten die Delegierten des ÖTV-Bundeskongresses die Daimler-Beschäftigten in Untertürkheim, eine in der Öffentlichkeit vielbeachtete Aktion. Für den 24. Oktober sind bundesweite Aktionstage angekündigt. Kommt es zu übergreifenden Aktivitäten?

Tom: Der Besuch der ÖTV war eine gute Geste, ein Aufruf des ÖTV-Vorsitzenden zu Solidaritätsstreiks wäre jedoch wirkungsvoller gewesen.

Im Rahmen des DGB wird demnächst in Stuttgart eine gemeinsame Sitzung der Tarifkommissionen aller Einzelgewerkschaften stattfinden. Das ist überfällig und hat noch Veranstaltungscharakter. Ob daraus was folgt, ist die entscheidende Frage.

Immerhin hält Detlef Hensche das Hauptreferat, und dann ist schon etwas mehr geboten als die üblichen Sprechblasen.

Jetzt wäre die Situation reif dafür, daß die Gewerkschaften auch politisch handeln können. Statt hierauf aufzubauen, überwiegt in vielen Gewerkschaftsgremien die Angst, die gerufenen Geister könnten außer Kontrolle geraten. Die vorliegende Planung und der späte Aktionstag am 24.10. sind Ausdruck dieser Zurückhaltung. Vertrauensleute von Daimler und Bosch fordern dazu auf, den 24. Oktober machtvoll zu gestalten und die weitere Tarifaufeinandersetzung auf demokratischere Beine zu stellen. Das heißt, das Konzept für die Tarifrunde muß in den Betrieben diskutiert werden!

Gibt es Kontakte an der Gewerkschaftsbasis und unter Linken?

Tom: Die gibt es in Stuttgart über das gewerkschaftliche Zukunftsforum. Dort werden regelmäßig politische Themen behandelt wie das zukünftige DGB-Programm. Es handelt sich um ein wichtiges Diskussionsforum. Absprachen, Koordination und Organisation finden darüber bislang kaum oder gar nicht statt. So etwas fehlt unter linken Hauptamtlichen und unter den Aktiven in den Betrieben.

Die gewerkschaftliche Linke darf einer Auseinandersetzung über den weiteren Weg der Gewerkschaften nicht ausweichen. Das ist meine Erfahrung. Wir sollten das lähmende Trauma der Spaltung der Gewerkschaften produktiv überwinden. Eine offene Auseinandersetzung um den richtigen Weg setzt die Einheitsgewerkschaft nicht aufs Spiel, sondern macht sie freier und handlungsfähiger. In der brasilianischen CUT sind unterschiedliche Strömungen etwas Selbstverständliches. Der Streit um politische Entwürfe ist nichts Spalterisches.

Du bist kurz vor Deiner Abreise nach Brasilien?

Tom: Ja, da haben wir seit längerem gute Kontakte zu Beschäftigten in der Metall- und Autoindustrie und speziell zu Mercedes dort. Die wollen wir weiter pflegen.

Die nachfolgenden ausführlichen Auszüge aus einer Ansprache des PDS-Ehrenvorsitzenden Hans Modrow haben wir aus dem CI-Netz übernommen, weil Hans Modrow ein authentischer Sprecher der Ost-PDS ist, der die Situation der Gesamtpartei in der neuen großen BRD im Auge hat und über die Meinungsverschiedenheiten und Gemeinsamkeiten in der PDS allgemeinverständlich sprechen kann.

(maf)

„Den 5. Parteitag gemeinsam vorbereiten!“

**Aus dem Schlußwort
Hans Modrows auf
der Beratung mit den
Kreisvorsitzenden der
PDS am 22. 9. 1996**

(...) Ich möchte, ohne anonym zu bleiben, am geforderten kulturvollen Streit zur Vorbereitung des 5. Parteitages mit meinen Bemerkungen teilnehmen.

Kreisverbände – der wichtigste Zusammenschluß der Partei

Die Kreisverbände sind der wichtigste Zusammenschluß in unserer Partei. Sie entscheiden vor allem über die Zusammensetzung des Parteitages, beraten in den Basis- und Delegiertenkonferenzen über die eigenen Beschlüsse und die Anwendung bzw. Verwirklichung der Beschlüsse des Bundes- und der Landesvorstände. Ohne ihre Aktivitäten läuft nichts wesentliches in der Partei. (...) Die Vorsitzenden der Kreisverbände tragen ein besonderes Maß an Verantwortung. In der Leitungspyramide sind sie mit ihren Vorständen die Zusammenfassung der Basis mit 300 bis über 3.000 Mitgliedern, wenn es um die großen Stadtverbände geht. Die Kreisebene bildet das eigentliche Fundament für das Gebäude der Partei. Alle Stabilität geht von ihr aus, und alle Brüchigkeit, die im Bund oder in den Ländern ausgelöst wird, wirkt sich mit unterschiedlich starkem Druck auf diese Basis aus. Dabei sind die Kreisverbände nicht nur Resonanzboden, sondern besitzen ein eigenes spezifisches Kraftfeld.

Der Brief aus Sachsen ist so eben nicht von Christine Ostrowski und Ronald Weckesser, sondern ein Brief der Stadt- und Kreisvorsitzenden und des Vorsitzenden der Fraktion. Darin liegt Verantwortung. Er bleibt nicht nur eine persönliche Aussage. Der Bundes- und der Landesvorstand lassen die Wellen, die der Brief im Äther auslöst, ungestört laufen, und es bleibt einzelnen überlassen, eine Meinung auszudrücken. (...) Da erscheint ein „Stern“-Interview, dem der Bundesvorstand einen Beschluß entgegensetzt, und der Vorsitzende des Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern, Helmut Holter, bekundet seine Zustimmung zu André Brie in der „jungen welt“- und verabsäumt rein zufällig zu sagen, daß und warum er gegen den Beschluß des Bundesvorstandes ist. Wenn das zum neuen Stil werden soll, sich zu Personen und nicht mehr zu den Beschlüssen des Bundesvorstandes zu verhalten, entspricht dies keinesfalls dem Statut. Es geht dabei nicht um den demokratischen Sozialismus, aber um das Verhältnis zu Mehrheitsbeschlüssen, das in der PDS eingefordert wird (...)

Hohe Anforderungen an Vorstands-Mitglieder

Der auf dem 5. Parteitag zu wählende Bundesvorstand steht vor der Aufgabe, die Wahlen 1998 und 1999 vorzubereiten. Wie die vergangenen Jahre lehrten, gilt es, an die zu wählenden Mitglieder des Bundesvorstandes höhere Anforderungen zu stellen. Da geht es um Fähigkeiten, Führungs- und Leitungstätigkeit mitgestalten zu können, um Kompetenz in Sachfragen, die zu beraten und zu diskutieren sind, um eigene Positionen, aus denen man sein Handeln überlegt und bestimmt, und es geht auch um die eigene Persönlichkeit, um den persönlichen Charakter einer Politikerin und eines Politikers.

In Parteitagsvorbereitung eingreifen

Die heutige Beratung gewinnt ihre Bedeutung nicht durch sich selbst. Ihr Wert, ihre Bedeutung, wird sich an den Ergebnissen des 5. Parteitages messen lassen, den sie vorbereiten soll. Die Rede war in der Einladung vom Vorfeld des 5. Parteitages. Wir sollten uns bewußt sein, wenn wir vom Vorfeld sprechen, daß die Vertreter unterschiedlicher inhaltlicher Auffassungen, verschiedener Politikgestaltung und einer Erneuerung der Partei, bereits dabei sind, ihre Felder abzustocken, und das Vorfeld – offen oder weniger offen – schon eingeteilt wird. Wir sollten auch beachten, daß nur noch ein sehr geringer Zeitumfang zur Verfügung steht, und die Zahl der festgelegten Veranstaltungen nicht gering ist, aber die Zeit zur Diskussion für Parteitagsträger immer mehr verrinnt. Mit der heutigen Beratung ist jedoch eine echte Chance eröffnet, in die geplanten Abläufe zur Vorbereitung des Parteitages noch bestimmend einzugreifen. Wenn wir diese Chance ungenügend nutzen, wird der Schaden für die nächsten Jahre kaum noch zu begrenzen sein.

Ich will zu den angemahnten Themen, auch unter Beachtung der geführten Diskussion, in der Kürze der Zeit einige Gedanken äußern. Sie sind nicht gedacht, um ein Klima von Unerträglichkeit für einen nicht definierten, aber etikettierten Teil der Partei zu schaffen. Auch nicht, um verbindliche Orientierungen zu geben, was mir als dem Ehrenvorsitzenden auch nicht zusteht. Als Vordenker habe ich mich nicht entdeckt. Worauf ich hoffe ist, Nachdenklichkeit auszulösen.

Die Lage ist äußerst ernst

1. Ich kann mich leider nicht ganz der netten österreichischen Formel anschließen: „Die Lage ist ernst, aber nicht hoffnungslos.“ Ich möchte sagen, die Lage ist äußerst ernst, und sie wird durch die von Kohl, Waigel, Blum, Rühe, Westerwelle und anderen betriebene Politik immer hoffnungsloser. Mit dem Gefühl des Triumphes haben sie am „schwarzen 13. September“ das Paket sozialer Grausamkeiten und der weiteren Vertiefung der sozialen Ungerechtigkeiten und des Demokratieabbaus mit der zusammengetriebenen Kanzlermehrheit durchgepeitscht. Der Widerstand der Gewerkschaften gegen diese Politik war in den Reden lautstärker als der Rückhalt, den sie bei den Kundgebungen in der Zahl der Teilnehmer gefunden haben. (...) Der DGB-Vorsitzende Schulte spricht vom „Klassenkampf von oben“, und er beschreibt den Vorgang damit völlig richtig. Nicht um Klassenkampf-Attitüden geht es, sondern um Klassenkampf als Realität. Die Interessengegensätze zwischen Kapitalbesitzern und deren Management auf der einen Seite und den Lohnabhängi-

gen, die nicht am Kapital beteiligt sind, sondern mit ihrer Arbeit in Betrieben, Banken, Versicherungen, in den Nutzkraftwagen auf den Straßen und anderswo als Ausgebeutete den Profit mehren, wachsen in großem Tempo.

Die politisch herrschende Klasse der BRD versucht diese Gegensätze nicht nur zu verschleiern, nein, sie vertieft sie zu Ungunsten derer, die noch Arbeit haben, indem Lohnsenkungen durchgesetzt werden sollen, derer, die arbeitslos sind, indem auch sie geringere Einkünfte erhalten sollen, derer, die Sozialhilfempfänger oder Rentner sind, deren Bezüge ebenfalls gekürzt werden sollen. Auch Lehrlinge und Studenten sind davon betroffen.

Aber zugleich übersteigt die Demagogie der Herrschenden jedes nur denkbare Maß. Indem sie Einsichten für den Sozialabbau fordern, wird der Sozialabbau mit Zukunft gleichgestellt. Die Opposition im Bundestag hat über alle drei Parteien dem Sparpaket Ablehnung erteilt, wobei die Töne im Bundestag noch konsequent klangen; im Gegensatz zu mancher Kompromißbereitschaft, die es im Hintergrund schon gibt. (...)

Zugespitzte Situation in der PDS

2. Die Situation in der Partei ist viel differenzierter und komplizierter geworden als noch vor der 2. Beratung des 4. Parteitages. Es macht keinen Sinn, hier an den Dingen vorbeizureden. Die Situation hat ihre jüngste Zuspitzung durch André Brie erfahren, der übrigens davon spricht, vor allem provozieren zu wollen, wenn auch im Brief aus Sachsen manche Elemente dafür gleichfalls enthalten sind. (...)

Der Bundesvorstand hat durch Beschlüsse und Aussagen inzwischen drei Dinge klargestellt:

Erstens, die PDS geht nicht den Weg einer regionalen Ostpartei, obwohl sie nichts tun und zulassen darf, was ihren politischen Einfluß im Osten einschränkt. Im Gegenteil. Mit dem Ausbau des politischen Gewichts im Osten ist der gesamtdeutsche Charakter der Partei nur zu stabilisieren und in den Ländern der alten Bundesrepublik politischen Boden zu gewinnen. Zweitens, der PDS-Bundesvorstand läßt keinen Zweifel daran aufkommen, daß er Äußerungen, die das Verhältnis der PDS zum Grundgesetz und zur parlamentarischen Demokratie in Zweifel stellen, zurückweist. Da helfen auch keine Hinweise auf irritierende Verknappungen. Die Feststellungen des Vorstandes sind eindeutig, und die Haltung dazu muß genauso eindeutig sein. Und es müßte damit auch die Bereitschaft verbunden sein, miteinander zu diskutieren, nachzudenken und sich mit dem Gewinn neuer Erkenntnisse aus der Diskussion zu korrigieren. Drittens, der Bundesvorstand hat eine Etikettierung der Mitglieder zurückgewiesen.

Nun wird versucht, uns eine Diskussion aufzuzwingen, bei der es im Streit um entweder/oder letztlich um den Ausschluß von Mitgliedern gehen soll. Gerade das wollte der Bundesvorstand durch seinen Beschluß wohl verhindern. Wer Ausschluß will, soll nicht andere vorschieben und nicht mit Unterstellungen umgehen!

Ich habe in einer Kolumne im „Neuen Deutschland“, bevor ein solcher Beschluß im Bundesvorstand notwendig war, davor gewarnt, die Diskussion auf Nebenschauplätze zu verlegen. Genau das geschieht weiter. Wir können sie uns aus einer ganzen Palette aussuchen: Regierungsfähigkeit/Regierungsnotwendigkeit, Regionalpartei/Bundespartei,

in die politische Mitte der ostdeutschen Gesellschaft als SPD-Ost-Ersatz bzw. ein bißchen FDP-Ersatz, oder linke sozialistische Partei im bundesdeutschen geprägten marktwirtschaftlichen Kapitalismus.

Inzwischen soll die Regierungsbeteiligungsfrage zum Vehikel des Kampfes gegen den sogenannten Poststalinismus in der PDS erhoben werden. Aber genau das funktioniert nicht. Die sogenannten Poststalinisten, egal wer sie wo und wie entdeckt, haben dazu eine differenzierte Sicht, schließen aber eine Regierungsbeteiligung nicht absolut aus.

Lothar Bisky erinnerte im Referat daran, daß er schon 1994 auf einer Wahlkonferenz in Potsdam die Bestimmung von Grundprämissen für eine Regierungsbeteiligung gefordert habe. Leider ist dies trotz heftiger Diskussion dieser Frage auch 1996 noch nicht geschehen. Mit dem Vehikel funktioniert es so nicht und eine offene Diskussion in dieser Frage, über die Art und Weise, über die Bedingungen, unter denen es geschieht, wird nicht nur, sondern muß nach meiner Auffassung sogar weiter geführt werden. (...)

Die Probleme einer Strategiedebatte liegen auf einer ganz anderen Ebene, nämlich da, wo es um die Auslegung des Programms der PDS geht. Bevor die Debatte über einen angekündigten Kommentar zum Programm beginnt, werden „Spiegel“-Bekanntnisse dazu verbreitet, die wieder verkürzt, eventuell auch verzerrt und entstellt sind. Aber auf die eine Kernfrage der anstehenden Theoriedebatte wird die Aufmerksamkeit schon gelenkt. Nicht nur in der SPD gibt es Kräfte, denen zu viel Marx im Berliner SPD-Programm vom Dezember 1989 steckt. In der PDS sind solche Erscheinungen zur eigenen Programmatik wohl auch nicht so ganz zu übersehen.

Wer meint, die PDS macht sich ob der poststalinistischen Debatte lächerlich, irrt nach meiner Auffassung. Die Sache ist dafür viel zu ernst, und wir sollten das Pferd nicht von der falschen Seite zäumen. Ich meine vielmehr, wenn wir jetzt nicht die Kraft haben, in dem Prozeß der Auseinandersetzungen um die sozialen Fragen in der BRD einzugreifen und daran kämpferisch mit allen Kräften, die wir noch haben, teilzunehmen, dann lachen sich unsere politischen Gegner ins Fäustchen, und die Gewerkschaften, die sozialen Verbände und Bewegungen werden sich fragen, warum die PDS als politische Kraft im außerparlamentarischen Kampf ausfällt.

Parteitag und soziale Frage

3. Der Bundesvorstand und der Parteirat haben die soziale Frage und das Profil der PDS zum Hauptarbeitstitel des 5. Parteitages erklärt. Durch Strategiekonferenzen, Strategiekonferenz, Anhörungen der PDS über die Vertretung der ostdeutschen Interessen und vieles andere mehr soll er vorbereitet werden. Dabei hilft kein Streit über eine Zu- bzw. Rangordnung der Papiere. Ihr Stellenwert wird sich in der Diskussion herausstellen müssen und ihre Bedeutung wird sich in der Zustimmung zeigen, die sie bei Mitgliedern und Sympathisanten im Kampf für die Interessen unserer Wählerinnen und Wähler finden.

Wenn sich ein Parteitag der PDS zur sozialen Frage äußert, wird es sowohl um soziale demokratische Reformen innerhalb des kapitalistischen Gesellschaftssystems gehen, die möglich sind für die Verteidigung der Interessen vom Kapital Ausgebeuteten und Beherrschten so unbedingt nötig sind, als auch um die klare Aussage, welche Grenzen der eigentlichen Lösung sozialer Frage im Rahmen der politischen und wirtschaftlichen Machtver-

„Wenn sich ein Parteitag der PDS zur sozialen Frage äußert, wird es sowohl um soziale demokratische Reformen innerhalb des kapitalistischen Gesellschaftssystems gehen, die möglich und für die Verteidigung der Interessen der vom Kapital Ausgebeuteten und Beherrschten so unbedingt nötig sind, als auch um die klare Aussage, welche Grenzen der eigentlichen Lösung der sozialen Frage im Rahmen der politischen und wirtschaftlichen Machtverhältnisse der kapitalistischen Gesellschaft gesetzt sind. Dabei geht es nicht darum, die Illusion zu verbreiten, die sozialistische Alternative steht auf der Tagesordnung. Aber genauso deutlich sollte gesagt sein, daß die Lösung der sozialen Frage über die kapitalistische Gesellschaft hinausreicht.“

hältnisse der kapitalistischen Gesellschaft gesetzt sind. Dabei geht es nicht darum, die Illusion zu verbreiten, die sozialistische Alternative steht auf der Tagesordnung. Aber genauso deutlich sollte gesagt sein, daß die Lösung der sozialen Frage über die kapitalistische Gesellschaft hinausreicht.

Die Frage nach dem Profil der PDS greift zugleich in die immer wieder gestellte Frage nach dem nicht abgeschlossenen Prozeß der weiteren Erneuerung der PDS ein. Ohne das Spektrum zu diskutierender Probleme einzuschränken, scheint mir, geht es wohl darum, ob die PDS ihren linken, demokratischen, sozialistischen Charakter weiter ausprägen wird, was schließlich bedeutet, eine Partei links von der SPD zu sein, die nichts mit der alten SED zu tun hat und vielmehr die oft beschworene Vielfalt sozialistischer, auch sozialdemokratischer und kommunistischer Traditionen in sich aufnimmt, oder ob sie eine Partei mit allen möglichen modernen Nuancen und neuen Feinheiten unbekannten Typs wird, bei denen vor allem unklar bleibt, wie die traditionellen Übel der entwickelten kapitalistischen Gesellschaft entsorgt werden können.

Eine Strategiedebatte, die an der Bestimmung des Charakters der Partei vorbei geht oder dem ausweicht, könnte jetzt mehr schädlich als nützlich sein. Es stellt sich doch die berechnete Frage, wo werden die mehrheitlich getragenen inhaltlichen Grundlagen der Partei bleiben, wenn sich eine rechts-links-Polarisierung vollzieht. Ich habe in einem Artikel im „Neuen Deutschland“ meine Positionen zu den inhaltlichen Grundlagen der Partei beschrieben und damit versucht, einer solchen Polarisierung entgegenzuwirken.

Zum Wahlbeschuß

4. Der Bundesvorstand hat beschlossen, seinen Wahlbeschuß 1998 als Antrag dem 5. Parteitag vorzulegen, und zu einer Diskussion über diesen Antrag im Rahmen der Parteidiskussion aufgefordert. Ich verstehe diese Initiative jedoch nicht als eine Verschiebung des eigentlichen Anliegens des 5. Parteitages auf einen kleinen Wahlparteitag, dem dann der größere, oder eventuell auch der kleine, im Jahre 1998 folgt, dem dann im wesentlichen nur die Personalfragen vorbehalten sind.

In der Diskussion wurde die Frage nach den Listen und die Frage nach der

Mitgliedschaft in einer Partei gestellt. Ja, bei den Wahlen 1994 war auf der Europaliste auf Platz 8 ein Genosse der DKP, und in Berlin ist über die reine PDS-Liste 1995 ein Genosse der DKP Abgeordneter in der Bezirksversammlung von Marzahn. Mit dem Beschlußantrag an den 5. Parteitag soll sich eine Veränderung vollziehen, die natürlich in dieser konkreten Frage auch unser Verhältnis zur DKP betrifft. Die Antwort – es geht doch um alle Parteien – hebt die konkrete, oft in der PDS und in westeuropäischen linken Parteien diskutierte Frage des Verhältnisses beider Parteien zueinander nicht auf. Außerdem sollte uns bewußt sein: Mit dem Aufbau der DKP in Berlin und in anderen neuen Ländern wird – ob wir es wollen oder nicht – eine Wahlkonkurrenz entstehen. Einer Diskussion solcher Probleme werden wir nicht ausweichen können.

Ich hoffe, daß meine Befürchtungen unbegründet sind, aber aussprechen möchte ich sie schon: Wenn die Frage der Regierungsbeteiligung im Zentrum der künftigen Debatte steht, sind wir dabei, uns selbst zu lähmen. Dann ist selbst die Frage nicht mehr verfehlt, ob einige schon den Nadelstreifenanzug des Ministers mehr vor Augen haben und nicht begreifen, daß wir dabei sein könnten, die Chancen eines möglichen und so nötigen guten Wahlergebnisses im Osten bei 25 % und im Westen bei 2 % zu verspielen.

Die Wahlergebnisse von 1998 und 1999 werden jetzt vorbereitet und vor allem durch das Bild der PDS in Städten und Gemeinden vor Ort erreicht und gesichert. Dabei sollten wir nicht vergessen: nur in einem Drittel der Gemeinden sind wir noch vertreten. Die Zeichen sind für die Kommunalwahlen, was Personalschlüsse betrifft, nicht sehr günstig. Für Landtage und für den Bundestag wird Frau und Mann sich dafür um so nachhaltiger um ein Mandat bewerben.

Statut darf kein Experimentierfeld sein

5. Daß am Statut notwendige Veränderungen herangewachsen sind, ist unbestritten. Daß das Statut aber kein Feld von Experimenten oder verdeckten Beräumungen sein sollte, ist noch weniger zu bestreiten. Der pluralistische Charakter der Partei muß unantastbar bleiben. Für Unerträglichkeitspostulate darf das Statut auch künftig keine Handhabe geben. Es soll unser gemeinsames Handeln bestärken und all jene Normen festlegen, die wir dafür brauchen. Auch Spitzfindigkeiten über AG/IG und politische Zusammenfassungen, die seit Gründung der Partei ihren Platz in der Partei gefunden haben, könnten Schaden anrichten.

Michail Nelken hat hier als Vorsitzender der Statutenkommission über die Anträge zur Veränderung des Statuts gesprochen und unter anderem betont, daß erworbener Besitzstand erhalten bleibt. Wenn künftig eine Doppelmitgliedschaft beim Eintritt in die PDS nicht mehr zulässig sein wird, bleibt jedoch bestehende Doppelmitgliedschaft unangetastet. Meine Frage ist, gilt gleiches für den Besitzstand an Mandaten zu Parteitag, zum Beispiel für die Kommunistische Plattform?

Der Beschluß des Magdeburger Parteitages für die Aktionen bis 1998 ist lange erstritten worden, und es mangelt darin nicht an klugen politischen Worten. Das Statut mit all den Prämissen, die das Handeln der gesamten Partei ermöglichen, ist bisher nur bedingt ausgeschöpft worden – aber gerade dafür und dazu sollten wir das Statut nutzen, und wo es nötig ist, noch präziser machen. (...)

(aus: CL-Nete, PDS-Bund)

Ein unbequemer Historiker wurde 70 Jahre alt

Empfang und Kolloquium in Freiburg zu Ehren von Manfred Messerschmidt

Am 1.10.96 feierte Professor Messerschmidt seinen 70. Geburtstag. Daß aus diesem Anlaß dem immer wieder heftigst angefeindeten Militärhistoriker auch öffentliche Anerkennung gezollt wurde, war das Verdienst von Wolfram Wette. Dieser hatte sowohl die Stadt Freiburg als auch die Universität bzw. ihr Historisches Seminar dafür gewonnen, zwei Veranstaltungen durchzuführen, bei denen Manfred Messerschmidt für seine jahrzehntelange mutige und kritische Forschungsarbeit gewürdigt wurde.

Am 30.9. abends gab Freiburgs Oberbürgermeister Böhme einen Empfang, bei dem auch Wolfram Wette als langjähriger Mitstreiter Messerschmidts sprach. Mehrere Redner betonten die Bedeutung der Messerschmidtschen Forschung, die eine wirkliche Wende in der Militärgeschichtsschreibung nach 1945 erzwingen hatte, nachdem auf diesem Felde jahrzehntelang die alten Nazi-Militärriecher ungefochten ihre Vertuschungs- und Rechtfertigungslügen hatten verbreiten können. Böhme wertete den jahrelang bekämpften Weggang des MGFA ebenfalls als Versuch, eine kritische Forschungsrichtung durch Verlegung ins Herz des preußischen Militarismus nach Potsdam auszuschalten. Wolfram Wette griff in seiner Laudatio die Politik von Bundeswehrvertretern und Traditionsverbänden an, die die Forschungsrichtung am Militärgeschichtlichen Forschungsamt seit jeher zum Erzfeind erklärt hatten (siehe auch Seite 8).

In welcher illustrierten Gesellschaft sich diese Kräfte befinden, soll folgendes Zitat aus der „National-Zeitung“ vom 5. Juli 96 belegen: „Kennen Sie Messerschmidt? Dr. Manfred Messerschmidt gehört zu den führenden Köpfen der gegenwärtigen massiven Kampagne gegen das deutsche Soldatentum. Er führte annähernd 18 Jahre den antideutschen Kreis innerhalb des militärgeschichtli-

chen Forschungsamtes (heute in Potsdam) und gehört ferner zu den Hintermännern der skandalösen Anti-Wehrmachts-Ausstellung, die gegenwärtig durch deutsche Lande tingelt ... Innerhalb des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes führte Messerschmidt die von 'Insidern' treffend 'Rote Zelle' genannte Gruppe linker Zeitgeschichts-Experten an. Seine üble Rolle, seine Machtbesessenheit, seine Intrigen und sein Haß auf die Deutsche Wehrmacht werden in der aktuellen Schrift 'Wider den Mißbrauch der Geschichte deutscher Soldaten zu politischen Zwecken' von Rüdiger Proske enthüllt.“

Um so erfreulicher waren die Beiträge von Professor Stig Förster (Bern) und Dr. Gerhard Schreiber (MGFA) auf dem Kolloquium zu Ehren von Messerschmidt am 1.10. in der Uni Freiburg. Insbesondere Schreibers Vortrag war die jahrelange Mitarbeit in besagter „Roter Zelle“ wohlthuend anzumerken. Schreiber referierte über die Verbrechen der Wehrmacht in Italien, wozu er neuerdings auch ein Buch veröffentlicht hat. Der Beitrag des Messerschmidt-Nachfolgers Deist über den General Falkenhayn im 1. Weltkrieg war eher

traditionell. Ulrich Herbert, ehemaliger 68er, inzwischen Geschichtspräsident an der Uni Freiburg, schien auch darauf bedacht, der Zunft gewisse Referenzen zu erweisen. Zumindest konnte er sich einen Seitenhieb auf den Begleitband zu o.g. Wehrmachtsausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“ nicht verkneifen. Trotzdem: daß zumindest der „linksliberale“ Flügel der Historiker-Zunft, einschließlich eines Mommsen, ebenfalls Kolloquiums-Referent, Manfred Messerschmidt die Ehre erweisen mußte, war wohlthuend. Die antimilitaristische und pazifistische Bewegung in der BRD sowie auch zahlreiche internationale Institutionen wissen längst, was sie Messerschmidt verdanken! (mab)



Manfred Messerschmidt im Waldkircher Rathaus anläßlich der Ausstellungs-Eröffnung zum Reichskriegsgericht im April 1995, im Rahmen der Deserteurs-Gedenkwochen.

TERMINE

20.-22.10. CDU-Bundesparteitag, Hannover.

25.-26.10. „Wie rechts ist der Zeitgeist - Beobachtungen, Erfahrungen, Analysen, Abwehr. Zur Auseinandersetzung mit dem heutigen Rechtsextremismus.“ Konferenz der PDS im Gewerkschaftshaus in Salzgitter-Lebenstedt, Gewerkschaftshaus, Chemnitz-Str. 33, ab 15 Uhr. Infos über: Ulla Jelpke (PDS-MdB), Bundeshaus, 53113 Bonn.

25.-27.10. Nürnberg: IPPNW-Kongress „Medizin und Gewissen“ – 50 Jahre nach den Nürnberger Ärzteprozessen. Infos: IPPNW-Kongressbüro, Kortestr. 10, 10967 Berlin, Tel.: 030/6930244, Fax: 030/6930166.

26./27.10. Herbst-Arbeitsstreifen der KAZ-Gruppe. Infos bei KAZ-Redaktion, Schwanthaler Str. 139, 80339 München

2./3.11.: PDS-Strategiekonferenz in Berlin

5. November: US-Präsidentenwahl.

14.-16.11.: DGB-Bundeskongress, Dresden.

16.-17.11.: Jahres-Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg / Volksfront, Köln, Jugendgästehaus und Herausgabebereich der „Antifaschistischen Nachrichten“ in Köln 1997

24.-26.1. 1. Tagung des 5. Parteitages der PDS in Schwerin. TO: u.a. Beratung über sozialpolitische Aufgaben, über Feminismus und PDS sowie Neuwahl des Vorstands.

15./16. März: Frühjahrstagung der Bundeskonferenz BWK in Köln

22./23. März: Kommunalpolitische Konferenz der PDS in Leipzig.

2. März: Kommunalwahlen in Hessen.



„Die Gefangenschaft ist für einen politischen Menschen keine Strafe, sie ist eine Prüfung, in der es vom ersten Tag an darum geht, in einer gesellschaftlichen Sonderregion, welche den Menschen als Subjekt auszuschalten trachtet, als Subjekt zu bestehen. Sich der Unterdrückung, Entmündigung und Entsolidarisierung nicht zu ergeben, sondern diese Prinzipien und Gesetze des Gefängnisses aus der eigenen Seele herauszuhalten – das ist eine tägliche Herausforderung der Selbstbehauptung. Ich habe das Gefängnisleben als Teil meiner Geschichte, als Teil meines Kampfes um menschlichere Verhältnisse und Beziehungen angenommen. Es ist ein bedrängte, karges Leben, aber nicht einmal die Sterne über uns sind ewig. Warum sollten wir da verzweifeln? Jeder Zustand trägt die Gnade der Endlichkeit in sich, darum haben wir immer wieder eine Chance. Nur aufgeben dürfen wir nicht.“

(Vorwort)

EINSPRÜCHE

Inge Viett, Einsprüche, Briefe aus dem Gefängnis, Edition Nautilus, Hamburg 1996, 160 S., DM 26,-

Inge Viett war 12 Jahre Mitglied zunächst der Bewegung 2. Juni, dann der RAF. 1982 trennte sie sich von der RAF und siedelte in die DDR über, wo sie 1990 verhaftet wurde. 1992 verurteilte sie das OLG Koblenz zu 13 Jahren Haft. Zur Zeit ist sie in der JVA Zweibrücken inhaftiert; voraussichtlich wird sie im nächsten Jahr entlassen.

Edition Nautilus veröffentlichte jetzt unter dem Titel „Einsprüche“ eine Sammlung von Briefen, die Inge Viett zwischen 1990 und 1996 aus dem Gefängnis geschrieben hat. Die Briefe enthalten wenig Autobiographisches; insbesondere sparen sie die Reflexion von zwölf Jahren Illegalität und bewaffnetem Kampf weitgehend aus. Das ist verständlich: Die meisten stammen aus der Zeit vor bzw. während des Prozesses, wo die Verfolgungsbehörden in besonderem Maße auf jedes Wort, jeden Satz, jede Aussage erpicht waren, die sie gegen Inge Viett wenden oder mit denen sie sie als Kronzeugin gegen andere politische Gefangene auffahren konnten. Wer Genaueres über das Leben Inge Vietts in der Illegalität, ihre Erfahrungen aus dem bewaffneten Kampf, ihre Gründe, die RAF zu verlassen, und ihr Leben in der DDR erfahren will, wird auf ihre Autobiographie warten müssen, die in Vorbereitung ist und voraussichtlich nach ihrer Entlassung aus dem Gefängnis erscheinen wird.

Die Briefe sind also nur ganz bedingt als Beitrag zur Geschichtsdiskussion der RAF und verwandter Bewegungen zu lesen. In einem der Briefe schreibt sie: „Ich will Dir heute sagen, daß eine offene Auseinandersetzung über meine jüngere und ältere Geschichte vor dem Prozeß nicht möglich ist für mich. Ich gehe in den Prozeß nicht wie eine Genossin aus dem aktiven bewaffneten Kampf und werde auch nicht Dinge vertreten, wie jene es tun würden ... Aber sicher ist, daß ich als Kommunistin in den Prozeß gehe.“

Unter diesem Gesichtspunkt werden die Briefe als eindrucksvolle Dokumente der Zeitgeschichte zur Lektüre empfohlen.

Anders als die anderen ehemaligen RAF-Mitglieder, die 1980 in die DDR übersiedelten, hat sich Inge Viett der Bundesanwaltschaft nicht als Kronzeugin gegen ihre früheren Mitkämpfer aus der RAF zur Verfügung gestellt. „Ich sehe die Leute (Susanne Albrecht, Werner Lotze usw. - d. Verf.) nicht als RAF-Aussteiger“, schreibt sie auf eine Kritik an deren Verhalten hin, „sie waren eigentlich während ihrer radikalen Zeit Aussteiger aus ihren bürgerlichen Normalbahnen, in die sie wieder eingestiegen sind, ein bißchen gerupft, ein bißchen rüdig, ein bißchen reutig.“ Warum sie selbst dem erpresserischen Druck der Kronzeugenregelung nicht nachgab, nachgeben konnte, erläutert sie in einem im Anhang abgedruckten

Interview mit dem „Neuen Deutschland“: „Die RAF und ich haben einen gemeinsamen Kampf geführt. Wir haben um die gleichen Ideale, Bedürfnisse und Ziele gekämpft und tun es auch heute noch, wenn auch ganz anders; ein vom Kapital befreites Leben, ohne Ausbeutung, ohne Unterdrückung, ohne das lebenszerstörende Profitsystem. Für die Gleichberechtigung und Würde jedes Menschen und aller Völker. All dies, mich selbst hätte ich verraten, wenn ich meine damaligen MitkämpferInnen aus der Bewegung 2. Juni und der RAF verraten hätte.“

Deshalb stellt ihr Prozeß sie, wie in vielen Briefen zum Ausdruck kommt, vor größte Probleme: Die Kronzeugenrolle will sie nicht nehmen, den bewaffneten Kampf, für den sie angeklagt ist, kann sie nicht als politisch richtig verteidigen. „Von der Vorstellung, die gesellschaftlichen Verhältnisse in Europa ließen sich mit gewaltsamen Methoden verändern, habe ich mich bereits vor zehn Jahren gelöst, und das manifestiert sich mit meinem Leben in der DDR“, schreibt sie in einem Brief an Christa Wolf. Und: „Der Terrorismus ist ... ein politisches Mittel, zu dem man kommt durch eine falsche Analyse der gesellschaftlichen Bedingungen und zu dem man greift, weil man glaubt, daß es keine andere Chance gibt, den Lauf einer Politik aufzuhalten, die in der Konsequenz zerstörerisch für Mensch und Umwelt ist. Die Frage nach der Legitimität revolutionärer Gewalt kann ja nie grundsätzlich beantwortet werden, weder in ihrer Bejahung noch in ihrer Verneinung. Ihre grundsätzliche Bejahung, der ich verfallen war, kann eben zu individuellem Terrorismus führen, zu un-

gerechtfertigten Opfern und zu persönlicher Schuld. Ihre grundsätzliche Verneinung führt zur ewigen Herrschaft des marodierenden Egoismus der Starken.“ Etwas schade ist, daß man aus dem Buch nicht erfährt, wie Inge Viett ihren Prozeß geführt hat (wie überhaupt zu wünschen gewesen wäre, daß das Geschehen, auf das sich Inge Viett in ihren Briefen bezieht, in irgendeiner Form in dem Buch festgehalten worden wäre).

Christian Ströbele kritisiert in einer Buchbesprechung im „Neuen Deutschland“ das in seinen Augen unkritische Verhältnis Inge Vietts zur DDR und ihrem Leben dort. Das mag auf den ersten Blick so scheinen, doch halte ich die Kritik für falsch. Inge Viett konzentriert sich auf die Kritik der Kolonisierung der DDR, der Vernichtung all dessen, was dem Profit- und Großmachtstreben der BRD entgegensteht. Angesichts dessen kann sie, trotz angedeuteter Kritik an vielen Erscheinungen, an der Vernichtung der DDR nichts Fortschrittliches sehen. Ströbele übersieht, daß sie in ihrer Kritik weniger als DDR-Bürgerin, die sie einige Jahre war, argumentiert, sondern vielmehr als westdeutsche Linke, die sich in der Mitverantwortung dafür sieht, daß die Kolonisierung der DDR durch die BRD nicht aufgehalten werden konnte. Das wiederum unterscheidet sie von vielen westdeutschen Linken, die in der Zerstörung der DDR eher eine Bestätigung ihrer Kritik an der DDR sehen, als daß sie die – auch eigene – Niederlage darin erkennen können.

Kritisch anmerken möchte ich aber, daß sie einen ganz wichtigen Punkt nicht einmal erwähnt, geschweige selbstkritisch reflektiert. Die Übersiedlung ehemaliger RAF-Mitglieder, die in der BRD bewaffnet gekämpft haben, in die DDR, die sich stets der Einmischung und Bedrohung durch die BRD erwehren mußte, ist schließlich keine Selbstverständlichkeit, weil sie die Gefahr massivster Übergriffe in sich barg.

Eindrucksvoll sind die Briefe vor allem, weil sie nachvollziehen lassen, wie Inge Viett in den Zeiten einer vollständigen Niederlage – die Annexion der DDR ging für sie einher mit Gefangennahme und Auslieferung an einen rachsüchtigen Feind – sich und ihre Ziele behauptet. Auch in der Situation der Ohnmacht, in der sie die Kolonisierung der DDR mit all der Vernichtung von Existenzen und Identitäten, dem Zerbrennen von Gemeinschaften und Kollektiven erfährt, auch in der unerträglichen Situation der Isolationshaft und in der Ungewißheit ihrer eigenen Zukunft läßt sie sich nicht überwältigen.

(Christiane Schneider)

Inge Viett, Einsprüche, Briefe aus dem Gefängnis, Edition Nautilus, Hamburg 1996, 160 S., DM 26,-

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik
– erscheint vierzehntäglich.

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 50674 Köln, Zulpicher Straße 7. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan (zu erreichen über: GNN-Berlin, Dieffenbachstr. 33, 10967 Berlin), Christoph Cornides (über: GNN, Postfach 12 07 22, 68163 Mannheim), Ulrike Detjen (über: GNN, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln), Herbert Stascheit (über: GNN, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz), Hardy Vollmer, c/o GNN-Süd, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider; für Reportagen und Berichte regional: Jörg Detjen; für Aus Ostdeutschland: Herbert Stascheit; für aus Betrieben und Gewerkschaften: Alfred Küstler; für Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite: Martin Fochler.

Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen.

Vierteljährliche Beilage: Rundbrief der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“. Redaktionsanschrift: GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln.

Hausadresse GNN-Verlag, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 02 21 / 21 16 58, Fax: 02 21 / 21 53 73.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7, Tel. 02 21 / 21 16 58, Fax: 02 21 / 21 53 73.

Konto: Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50, Konto Nr. 104 19 - 507.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 39 DM (Förderabo 65 DM), ein Jahresabonnement kostet 78,- DM (Förderabo 130 DM).

Für Bezieher aus den neuen Bundesländern, Personen in Ausbildung und Arbeitslose: 52,- DM. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: Tribune Druck GmbH, 12435 Berlin.

Nachrichtenverbindungen: Berlin: GNN-Verlag, Dieffenbachstr. 33, 3. Hof, Eing. C, 10967 Berlin, Tel. 030 / 69 40 10 39, Fax: 030 / 69 40 10 41. Hamburg: GNN-Verlag, Palmaille 24, 22767 Hamburg, Tel. 040 / 38 13 93, Fax: 040 / 3 89 83 31. Hannover: GNN-Verlag, Elisenstr. 40, 30451 Hannover, Tel. 05 11 / 4 58 37 93. Köln: GNN-Verlag, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 02 21 / 21 16 58, Fax: 02 21 / 21 53 73. München: GNN-Verlag, Schwanthaler Str. 139, 80339 München, Telefon und Fax: 089 / 5 02 81 13.

Schkeuditz (bei Leipzig): GNN-Verlag, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz, Tel. 03 42 04 / 6 57 11, Fax: 03 42 04 / 6 58 93. Stuttgart: GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32.

Politische Berichte – zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte

☐ 4 Ausgaben für 10 Mark (beilegen) zum Kennenlernen.

☐ im Halbjahres- / Jahresabo (39,- bzw. 78,- DM je Einzelabo)

☐ im (Halbjahres)-Förderabo (65,- DM je Einzelabo).

☐ Halb- / Jahresabo für neue Länder (26,- bzw. 52,- DM im Jahr)

☐ Bankinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen.

Einsenden an: GNN, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln oder an eine regionale Bestelladresse.

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Konto-Nr./BLZ:

BankUnterschrift

AUSGEWÄHLTE DOKUMENTE DER ZEITGESCHICHTE



Erschienen 1987 bei GNN Verlag Politische Berichte, Köln, inzwischen in der 7. Auflage, Preis 12 DM. Erhältlich bei: GNN-Buchversand, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz, Tel. 03 42 04-65711, Fax 03 42 04-65593. ISBN 3-926922-31-1